

Aktuelle Trends

Wolfram Kempe

Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung in
Deutschland bei stagnierender Bevölkerungszahl –
eine Bevölkerungsprojektion bis 2010

Steffen Hentrich

Energieeinsparung im ostdeutschen
Mietwohnungsbestand:
Mehr Investitionsanreize notwendig

Thomas Meißner

Ausländische Direktinvestitionen in den mittel- und
osteuropäischen Reformstaaten – eine Projektion

Udo Ludwig

IWH-Industrienumfrage im März 1999:
Geschäftsklima im ostdeutschen
Verarbeitenden Gewerbe im März eingebrochen

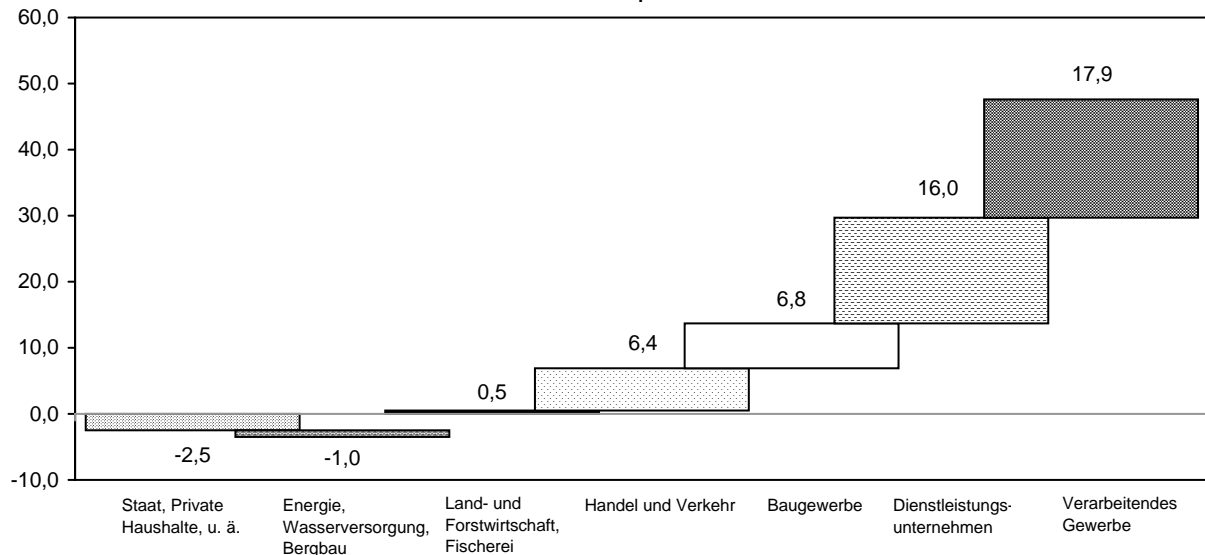
5/1999

16.04.1999, 5. Jahrgang

Aktuelle Trends

Industrie und Dienstleistungen tragen das Wirtschaftswachstum in Ostdeutschland

Beiträge der Sektoren zum Wachstum der Bruttowertschöpfung (in Preisen von 1991)
- in Prozentpunkten -



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Um 44 Prozent ist die reale Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland von 1991 bis 1998 gewachsen. Dazu trug in erster Linie das Verarbeitende Gewerbe mit knapp 18 Prozentpunkten bei, dicht gefolgt mit 16 Prozentpunkten von den Dienstleistungsunternehmen (Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung, sonstige Dienstleistungsunternehmen). Das Baugewerbe ist nach einer starken Wachstumsphase seit 1996 auf Schrumpfkurs; der Wachstumsbeitrag über den Gesamtzeitraum liegt nur bei 6,8 Prozentpunkten. Einen ähnlichen Wert erreicht der Sektor Handel und Verkehr.

Die industrielle Dynamik basiert auf einem überaus kräftigen Anstieg der Produktivität, um mehr als das Vierfache seit 1991. Kam dies bis 1993/94 im wesentlichen durch die Entlassung nicht mehr benötigter Arbeitskräfte zustande, reflektieren seither die Jahr für Jahr zweistelligen Steigerungsraten einen „echten“, durch Investitionen und erfolgreiche Marktpositionierung erreichten Produktivitätsfortschritt. Auch in der Beschäftigung hat das Verarbeitende Gewerbe inzwischen eine Trendwende vollzogen; im Jahr 1998 stieg die Anzahl der Erwerbstätigen nach jahrelanger Schrumpfung erstmals, um rund 25.000 auf gut 1 Mio. Personen. Im Jahr 1991 und auch noch danach war das Verarbeitende Gewerbe in einer unhaltbaren Lage, weil die Wertschöpfung von 35 Mrd. DM nicht einmal ausreichte, die gezahlten Arbeitseinkommen von 45 Mrd. DM zu erwirtschaften; nunmehr liegt die Wertschöpfung mit knapp 75 Mrd. DM um fast die Hälfte über den Einkommen aus unselbständiger Arbeit.

Die industrielle Dynamik gehört zu den erfolgreichen Kapiteln der ostdeutschen Transformation. Das Verarbeitende Gewerbe muß sich wie kein anderer Wirtschaftszweig in einem harten internationalen Wettbewerb durchsetzen, was nur mit innovativen Produkten, Kundenorientierung, Preiswürdigkeit gelingt. Freilich: noch kann von einem wirklich selbsttragenden Wachstum, einem Wachstum ohne Bedarf für staatliche Investitionszuschüsse und mit der Fähigkeit, auch Absatzrückschläge verkraften zu können, nicht die Rede sein. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bleibt daher auch mit Blick auf die Industrie eine wirtschaftspolitische Hauptaufgabe.

Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung in Deutschland bei stagnierender Bevölkerungszahl – eine Bevölkerungsprojektion bis 2010

Das Bevölkerungswachstum in Deutschland kommt zum Stillstand. In der IWH-Projektion bis 2010 stagniert die Einwohnerzahl in den neuen wie auch in den alten Bundesländern. Es kommt jedoch zu Strukturveränderungen zwischen einzelnen Altersgruppen.

Während die Zahl der über 65jährigen zunimmt, sinkt die Bevölkerungszahl im erwerbsfähigen Alter bis 2010 um insgesamt 2,5 vH. Unter Berücksichtigung der heutigen Erwerbsbeteiligung entspricht dies einer rein rechnerischen Entlastung des Arbeitsmarktes um knapp eine Million Personen. Dieser Effekt verschwindet jedoch, falls die Erwerbsquote der Frauen in den alten Bundesländern im bisherigen Tempo ansteigt.

Besonders ausgeprägt verläuft der demographisch bedingte Rückgang der in das Erwerbsalter eintretenden Generation in Ostdeutschland. Durch den Geburteneinbruch unmittelbar nach der Wende ist ab der Mitte des nächsten Jahrzehnts mit einer drastisch sinkenden Nachfrage nach Lehrstellen zu rechnen, die 2007 nur noch etwa die Hälfte der heute bestehenden betragen wird. Für die Entwicklung in Deutschland insgesamt wirkt sich der Rückgang nur in abgeschwächter Form aus.

Die demographische Dimension des Arbeitsangebots

Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsangebot wird im wesentlichen durch zwei Dimensionen determiniert. Zum einen ist es verhaltensbedingt begründet durch die Anzahl der Personen, die sich für eine Erwerbsarbeit entscheiden. Zum anderen wird das Arbeitsangebot durch die demographischen Verhältnisse wie die Altersstruktur der Bevölkerung bestimmt. Im vorliegenden Beitrag geht es um die demographische Dimension des Arbeitsangebots. Grundlage zur Beantwortung von Fragen nach der Entwicklung der erwerbsfähigen Bevölkerung oder der zukünftigen Situation auf dem Lehrstellenmarkt aus demographischer Sicht bildet die Bevölkerungsprojektion.

In dieser Arbeit wird ein Vorhersagehorizont bis zum Jahr 2010 zugrunde gelegt. Die Alters- und Geschlechtsstruktur zum Ausgangszeitpunkt ist

bekannt, die zukünftige Entwicklung von Fertilität, Mortalität und Migration ist mit Hilfe begründeter Annahmen festzulegen. Die Zuverlässigkeit der Annahmen ist jedoch unterschiedlich zu beurteilen. Während sich die Entwicklung der Sterblichkeit relativ langsam verändert und die entsprechende Unsicherheit wenig Bedeutung hat, ist die Annahmesetzung bei der künftigen Geburtenentwicklung kritischer. Die hier im Mittelpunkt stehenden künftigen Generationen der erwerbsfähigen Bevölkerung bis 2010 sind jedoch bereits geboren. Am problematischsten ist die Unsicherheit über das Ausmaß der zukünftigen Wanderungen, da diese sehr stark von innenpolitischen Rahmenbedingungen wie auch von äußeren Entwicklungen abhängen. Hier können nur Plausibilitätsüberlegungen zu Annahmen führen.

Hinsichtlich der natürlichen Bevölkerungsbeziehung (Fertilität und Mortalität) wie auch der räumlichen Bevölkerungsbewegung (Zuzüge und Fortzüge) unterscheiden sich die Verhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland. Seit der Vereinigung sind hier jedoch Anpassungsprozesse zu beobachten, die für die Bevölkerungsprognose fortgeschrieben werden. Dabei wird davon ausgegangen, daß die Annäherung Ostdeutschlands an die demographischen Verhältnisse der alten Bundesländer bis 2010 im wesentlichen abgeschlossen sein wird.¹ Die Annahmen der Projektion werden im folgenden kurz vorgestellt.

Geburtenverhalten

Die zusammengefaßte Geburtenziffer² in Westdeutschland ist mit etwa 1.400 Geburten je 1.000 Frauen seit 25 Jahren relativ konstant. Für die

¹ Vgl. LANDWEHRKAMP, A.: Die Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland bis zum Jahr 2010, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 3/1997. Im Gegensatz zur mittelfristigen Bevölkerungsprognose, die das IWH vor zwei Jahren anfertigte, wird sie diesmal für ganz Deutschland erstellt. Die Entwicklung in den neuen Bundesländern ist gesondert berücksichtigt. Die Annahmen zur Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland wurden präzisiert, jedoch nicht stark verändert.

² Die zusammengefaßte Geburtenziffer berichtet die mit 1.000 multiplizierte Zahl der Lebendgeborenen in Relation zur Anzahl der Frauen im fertilen Alter (15 bis 45 Jahre).

Projektion wird im folgenden keine Verhaltensänderung unterstellt. Da die einfache Reproduktion der Bevölkerung etwa 2.100 Geburten je 1.000 Frauen erfordert, hat die Kindergeneration in Deutschland nur noch zwei Drittel der Stärke der Elterngeneration.

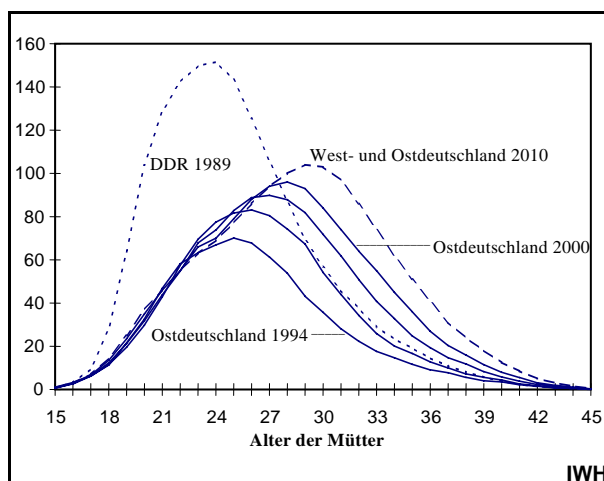
Der vom Statistischen Bundesamt für 1998 vermeldete Rückgang der Geburtenzahlen im früheren Bundesgebiet um 4,2 Prozentpunkte auf 682.000 Geburten³ erklärt sich mit dem etwa gleichstarken Rückgang der Zahl der Frauen im Alter mit den höchsten Geburtenziffern. Bei zwei Drittel aller Geburten sind die Mütter zwischen 24 und 34 Jahren alt. Dies ist jedoch genau die Generation der zwischen 1964 und 1974 Geborenen, die durch den damaligen massiven Geburtenrückgang („Pillenknick“) selbst zahlenmäßig klein geworden war. Dadurch sinkt in den nächsten Jahren die Zahl der potentiellen Mütter weiter.

Die Kinderzahlen gehen in den nächsten Jahren aus zwei Gründen zurück. Erstens sinkt die Zahl der Mütter überproportional ab. Zweitens ist die einfache Reproduktion der Bevölkerung nicht gegeben. Selbst bei einer sofortigen Erhöhung der Geburtenziffern auf die einfache Reproduktionsrate (2.100 Geburten je 1.000 Frauen) würde in den nächsten Jahren die Zahl der Kinder in Deutschland weiter fallen. In dieser Illustration spiegelt sich das große Beharrungsvermögen einmal in Gang gesetzter demographischer Veränderungen wider.

In Ostdeutschland sind die Geburtenziffern noch niedriger. Der transformationsbedingte Geburtenrückgang hatte 1994 die Talsohle erreicht. So halbierte sich die Geburtenziffer je 1.000 Frauen im fertilen Alter von 1.572 im Jahre 1989 auf nur noch 772 im Jahr 1994. Dieser Rückgang hat seine Ursache hauptsächlich in einer Anpassung an Verhaltensmuster, wie sie auch aus Westdeutschland bekannt sind. Kennzeichnend hierfür ist in erster Linie ein Anstieg des durchschnittlichen Gebäralters. Dieses lag in Ostdeutschland 1989 mit 24,8 Jahren deutlich niedriger als in Westdeutschland mit 28,2 Jahren (1996 bei 29,4 Jahren). Naturgemäß macht sich der Anpassungsprozeß zuerst nur bei

den jüngeren Frauengenerationen bemerkbar, da die älteren Frauen die gewünschte Kinderzahl bereits zu DDR-Zeiten realisiert hatten. Die Entwicklung der Geburtenziffern der nach 1970 geborenen Frauengeneration ist bereits weitgehend identisch mit derjenigen der entsprechenden westdeutschen Jahrgänge. Somit steigen die Geburtenziffern nach einem vier- bis fünfjährigen Rückgang wieder kräftig an, wenn auch von einem niedrigen Niveau aus. Der relativ niedrige Anstieg bei der Zahl der Geburten 1998 um nur 1,8 vH gegenüber dem Vorjahr ist ebenfalls überlagert von einem Rückgang der Frauen im fertilen Alter.

Abbildung 1:
Entwicklung der altersspezifischen Geburtenziffern in Ostdeutschland



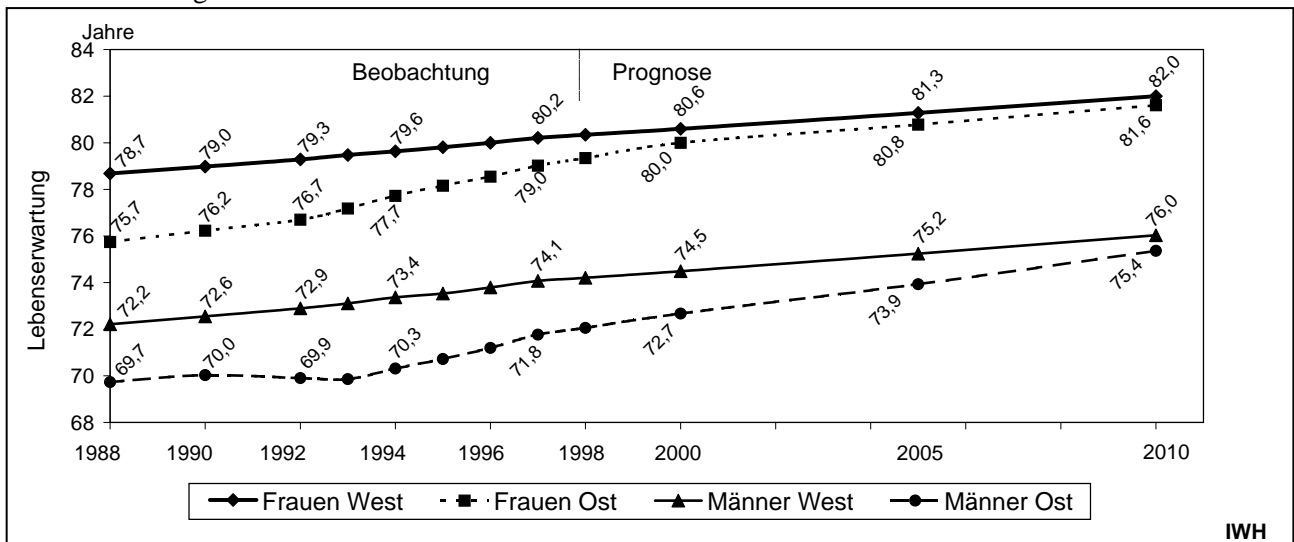
Quelle: Bis 1996 Statistisches Bundesamt; IWH-Projektion.

In Abbildung 1 ist die zu erwartende Entwicklung der altersspezifischen Geburtenziffern⁴ dargestellt. Die obere Linie gibt den für das Jahr 2010 in Westdeutschland erwarteten Verlauf der altersspezifischen Geburtenziffern an. Die darunter liegenden Linien entsprechen den Verläufen der altersspezifischen Geburtenziffern in Ostdeutschland von 1994 bis 2000 im Zwei-Jahres-Abstand. Sie dokumentieren den Anpassungsprozeß an das für Westdeutschland im Jahr 2010 unterstellte Geburtenverhalten. Zum Vergleich ist der Verlauf der

³ Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 24. Februar 1999 (siehe <http://www.statistik-bund.de/presse/deutsch/pm/p9057023.htm>).

⁴ Die altersspezifischen Geburtenziffern geben die Zahl der Geburten von 1.000 Frauen eines Altersjahrganges innerhalb eines Jahres an. Die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern ergibt die zusammengefaßte Geburtenziffer, vgl. Fußnote 2.

Abbildung 2:
Lebenserwartungen in Ost- und Westdeutschland



Quelle: Bis 1997 Statistisches Bundesamt; IWH-Projektion.

altersspezifischen Geburtenziffern der DDR von 1989 abgebildet.

Lebenserwartung

Innerhalb der vergangenen Dekade stieg die Lebenserwartung in Westdeutschland um etwa zwei Jahre. Auch in Zukunft wird mit einem weiteren Anstieg der Lebenserwartung gerechnet. Bis 2010 wird das Tempo als etwa gleichbleibend angenommen. Die Lebenserwartung Neugeborener (1997: Frauen 80,2 Jahre, Männer 74,1 Jahre) wird bis zum Ende der Projektion auf 82 Jahre für Frauen und 76 Jahre für Männer gestiegen sein (vgl. Abbildung 2). Der Abstand der Lebenserwartung zwischen den Geschlechtern – Frauen leben im Durchschnitt sechs bis sieben Jahre länger als Männer – wird sich in der Projektion nicht verringern.

In Ostdeutschland besteht noch eine geringere Lebenserwartung als in Westdeutschland. Die Differenz betrug Ende der achtziger Jahre 2,5 bis 3 Jahre. Seitdem haben sich die Unterschiede je nach Geschlecht in verschiedenem Maße verringert (vgl. Abbildung 2). Bei den Frauen wird die Differenz bis zum Jahr 2000 im wesentlichen verschwunden sein. Bei den Männern stellt sich die Situation differenzierter dar. Nach der Vereinigung stagnierte die Lebenserwartung (bzw. sank sogar leicht), da es trotz sinkender Mortalitätsraten alter Menschen

zu einem deutlichen Anstieg von Todesfällen in der Gruppe der 18- bis 48-jährigen Männer kam. Seit drei bis vier Jahren ist jedoch auch bei den ostdeutschen Männern ein Annäherungsprozeß in der Lebenserwartung zu beobachten, so daß hier am Ende des Vorhersagezeitraums nur noch geringe, regional begründete Unterschiede in der Mortalität vermutet werden können.

Wanderungsbewegungen

Der Saldo der Wanderungen nach Deutschland ist der problematischste Teil der zu treffenden Annahmen. Die Zahl der Zu- und Fortzüge unterliegt starken Schwankungen. Die Migrationsbewegungen sind dabei von Faktoren wie gesetzlichen Regelungen und politischen Verhältnissen im In- und Ausland abhängig, die im Vorfeld nicht vorauszu- sehen sind.

In der Geschichte der Bundesrepublik wurden bis auf wenige Ausnahmen immer hohe Einwanderungsüberschüsse registriert. In den letzten Jahren ist der Außenwanderungssaldo von einem sehr hohem Niveau aus (1992: plus 782.000) gesunken, da der u. a. dafür verantwortliche Zuwanderungsdruck aus Osteuropa und der GUS stark zurückgegangen ist und neue gesetzliche Regelungen in der Asylpolitik in Kraft traten. So überstieg die Zahl der Einwanderer die Zahl der Auswanderer 1997 nur noch um rund 94.000, und im ersten Halbjahr

1998 war der Wanderungssaldo fast ausgeglichen (plus 19.000).

Es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß Deutschland mittelfristig ein attraktives Zuwanderungsland bleiben wird. Insbesondere mit dem angekündigten Beitritt osteuropäischer Staaten zur EU und den damit sinkenden Mobilitätschranken sind aus dieser Region neue Zuwanderungen zu erwarten. Das exponentielle Anwachsen der Weltbevölkerung übt allgemein einen Zuwanderungsdruck auf Deutschland aus. So steigt die Weltbevölkerung derzeit jährlich um etwa 78 Millionen Menschen.⁵ Bis 2010 bedeutet dies einen Zuwachs der Weltbevölkerung um fast eine Milliarde Menschen. Insbesondere in den Entwicklungsländern gibt es große Migrationsbewegungen. Wenn nur ein kleiner Teil der weltweiten Migrationsströme Deutschland erreicht, kann dies aus Sicht der Bundesrepublik auch in der Zukunft für deutlich positive Wanderungssalden sorgen.

So wird ausgehend von einem prognostizierten Zuwanderungsüberschuß von 100.000 im Jahr 1999 wieder mit einem steigenden Migrationssaldo gerechnet, der bis 2005 linear auf ein Zuwanderungsniveau für Gesamtdeutschland von 250.000 ansteigt und danach gleichbleibend verläuft (vgl. Tabelle).

Tabelle:
Außenwanderungssaldo für Deutschland bis 2010

Jahr	Außenwanderungssaldo (Beobachtung)	Jahr	Außenwanderungssaldo (Annahme)
1991	603.000	1998	50.000
1992	782.000	1999	100.000
1993	462.000	2000	125.000
1994	315.000	2001	150.000
1995	398.000	2002	175.000
1996	282.000	2003	200.000
1997	94.000	2004	225.000
		2005 - 2010	250.000 p. a.

Quelle: Bis 1997 Statistisches Bundesamt; IWH-Projektion.

Hinter der angenommenen Verdopplung des Außenwanderungssaldos von 1998 zu 1999 steckt

nur ein geringer Anstieg der Zuzugszahlen (von 800.000 auf 850.000) nach einem vorherigen Rückgang (1996: 960.000, 1997: 840.000) bei gleichbleibenden Fortzügen (750.000). Die Zahl der Auswanderungen ist zur Zeit eher auf einem hohen Niveau, eine Reaktion auf die sehr hohen Zuwanderungen aus der ersten Hälfte der 90er Jahre. Mittelfristig wird dadurch wieder ein leichter Rückgang erwartet. Die Zuzüge aus dem Ausland werden bis 2005 als geringfügig steigend prognostiziert (900.000). Für den gesamten Projektionszeitraum von 13 Jahren wird ein Zuwanderungssaldo von 2,5 Millionen Personen erwartet, das sind im Durchschnitt knapp 200.000 Personen pro Jahr. Diese Zahl entspricht etwa einer mittleren Position bei Bevölkerungsprognosen zu Deutschland, deren Annahmen meist die Spanne von 100.000 bis 300.000 Personen im Saldo überstreicht.

Der Anteil Ostdeutschlands am Saldo der Zuwanderung liegt derzeit noch unterhalb seines Bevölkerungsanteils. Verantwortlich für den geringeren Zuzug aus dem Ausland sind vermutlich mehrere Faktoren. Bei der Zuwanderung von Deutschen (das war 1996 gut ein Viertel der knapp eine Million Zuwanderer brutto) kann aufgrund der kürzeren vorherigen Fortwanderungsgeschichte ein geringerer Zuzug vermutet werden (außer Aussiedler). Bei der Aufnahme von Aussiedlern (also Deutschen) wie auch Asylbewerbern erfolgt die Zuweisung auf die Bundesländer entsprechend ihres Bevölkerungsanteils. Faktoren wie geringerer Familiennachzug und fehlende Netzwerkmigration spielen wahrscheinlich bei den ausländischen Einwanderern eine Rolle, da der Ausländeranteil in Ostdeutschland noch wesentlich geringer ist als in Westdeutschland. Da die oben genannten Gründe in Zukunft an Bedeutung verlieren dürften, wird angenommen, daß sich die Zuwanderung entsprechend dem Bevölkerungsanteil bei knapp 50.000 einpendelt.

Die Entwicklung der Binnenwanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet sowie den neuen Bundesländern ist nach den anfänglich hohen Bevölkerungsverlusten für Ostdeutschland sehr schnell einem fast ausgeglichenen Migrationssaldo gewichen. So betrug der Bevölkerungsverlust an die alten Bundesländer 1997 nur noch etwa 10.000 Personen. Es ist anzunehmen, daß der Saldo der Bin-

⁵ Vgl. UNITED NATIONS: Revision of the World Population Estimates and Projections, <http://www.popin.org/pop1998/1.htm> (Zugriff am 31. März 1999).

nenwanderung zwischen Ost und West in Zukunft nur noch eine untergeordnete Rolle spielen wird. Die Verrechnung des Binnenwanderungssaldos mit dem Außenwanderungssaldo führt für Ostdeutschland zu einem Nettomigrationsgewinn, der nach der Hochrechnung ab 2005 konstant bei 44.000 Personen per anno liegen wird.

Bevölkerungszahl bleibt im Projektionszeitraum konstant

Aus der angenommenen Entwicklung von Geburtenziffern, Sterblichkeit und Wanderung folgt für die Bundesrepublik, daß die Bevölkerungszahl nach dem ausgeprägten Anstieg in der zurückliegenden Dekade (plus 3,7 Millionen Personen) bis 2010 etwa konstant bleiben wird.

Durch die geringen Geburtenziffern besteht in der Bundesrepublik langfristig ein Gestorbenenüberschuß. Für den deutlichen Bevölkerungsgewinn ist jedoch die sehr starke Nettozuwanderung der letzten Jahre verantwortlich. Von 1998 bis 2000 ist durch die sich bereits abzeichnende geringere Nettozuwanderung mit einem leichten Bevölkerungsrückgang zu rechnen, der in der Projektion auf rund 200.000 Personen beziffert wird. Danach ist mit einem Ausgleich von Verlusten aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Gestorbenenüberschuß) und der räumlichen Bevölkerungsbewegung (Nettozuwanderung) zu rechnen. Die Bevölkerungszahl bleibt ab 2000 auf einem Niveau von etwa 81,8 Millionen konstant (vgl. Abbildung 3).⁶

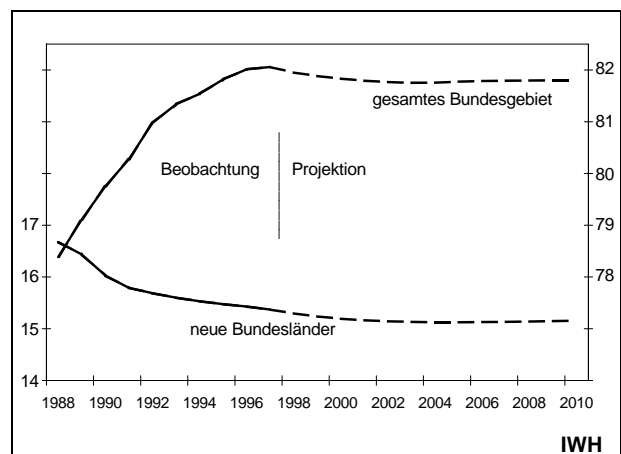
Die Veränderungen der Bestimmungsfaktoren der demographischen Entwicklung führen dazu, daß sich der Bevölkerungsrückgang in Ostdeutschland verlangsamt, da sich die bestehende Lücke zwischen Geborenen und Gestorbenen – ebenso wie bereits im Westen Deutschlands – verringern

wird. Dennoch fällt die Bevölkerungszahl in den nächsten Jahren weiter, wenn auch im Vergleich zur vergangenen Dekade (-1,3 Millionen)⁷ in nur noch geringem Umfang. Es ist mit einem Rückgang von 15,37 Millionen Personen (Ende 1997) auf etwa 15,15 Millionen 2002 zu rechnen. Da der Binnenwanderungssaldo mit den alten Bundesländern schon praktisch keine Rolle mehr für die Bevölkerungsentwicklung spielt und aus dem Ausland die Zuzüge überwiegen, ist ab 2002 ein Ausgleich mit dem Gestorbenenüberschuß zu erwarten. So bleibt die Gesamtbevölkerung Ostdeutschlands bis 2010 in etwa auf dem Niveau von 2002.

Abbildung 3:

Entwicklung der Bevölkerungszahl bis 2010 im gesamten Bundesgebiet (rechte Skala) sowie den neuen Bundesländern (linke Skala)

- in Millionen Personen -



Quelle: Bis 1997 Statistisches Bundesamt; IWH-Projektion.

Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bei stagnierender Bevölkerungszahl

Trotz des gleichbleibenden Niveaus der Bevölkerungszahl in Ost- wie in Westdeutschland bis 2010 kommt es künftig zu deutlichen Verschiebungen zwischen den einzelnen Altersgruppen (vgl. Abbildung 4).

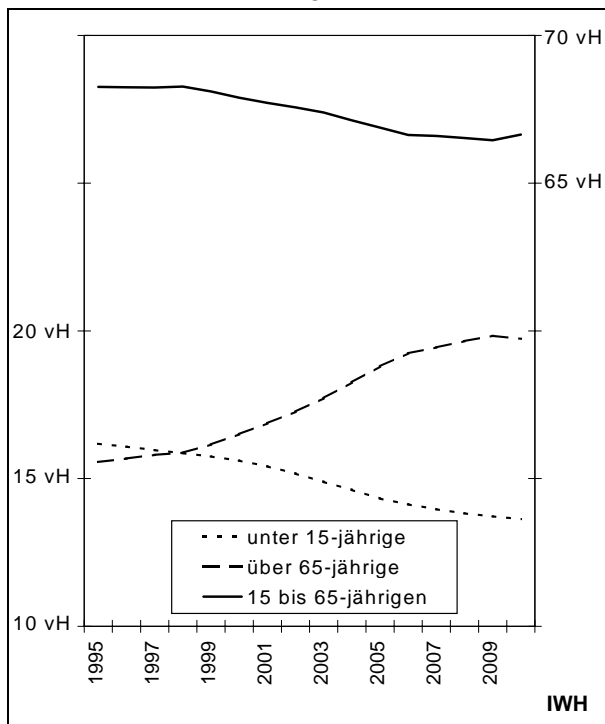
Die Jahre 1934 bis 1941 waren in Deutschland sehr geburtenstarke Jahre. Diese Generation erreicht demnächst die Altersgrenze von 65 Jahren und scheidet aus dem erwerbsfähigen Alter aus. Entspre-

⁶ Wie langfristige Projektionen zeigen, bleibt die Bevölkerungszahl nach 2010 jedoch nicht konstant. Selbst ein stark positiver Migrationssaldo führt zu einem massiven Rückgang der Bevölkerungszahl in Deutschland nach 2010, vgl. KEMPE, W.: Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur Deutschlands bis 2040: Abnehmende Bevölkerung bei wachsender Überalterung, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 5/1998. Andere Prognosen kommen hier jeweils zu ähnlichen Schlußfolgerungen, z. B.: DEMOGRAPHISCHER WANDEL: Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik. Deutscher Bundestag (Hrsg.). Bonn 1998.

⁷ Verantwortlich für den Rückgang war allerdings nicht die natürliche Bevölkerungsbewegung, sondern die hohe Zahl der Fortzüge.

Abbildung 4:

Anteil der drei Altersgruppen Kinder, Rentner (linke Skala) sowie Erwerbsfähige (rechte Skala) an der Gesamtbevölkerung



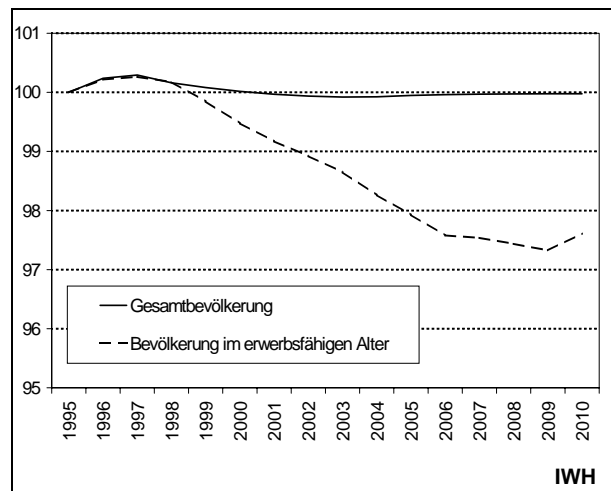
Quelle: Bis 1997 Statistisches Bundesamt; IWH-Projektion.

chend vergrößert sich der Anteil der Rentner an der Gesamtbevölkerung. Die in das Erwerbsalter nachwachsende Generation wurde nach dem „Pillenknicke“ geboren und ist weniger stark besetzt. Damit sinkt die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter, obwohl sich die Bevölkerungszahl kaum verändert. In Abbildung 5 ist diese Entwicklung aufgezeigt. Während das Niveau der Gesamtbevölkerung im Projektionszeitraum praktisch gleich bleibt (beide Größen wurden mit dem Stand von 1995 auf 100 normiert), nimmt die erwerbsfähige Bevölkerung gegenüber 1995 in den nächsten Jahren um 2,5 vH ab.

Ein Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in diesem Ausmaß entspricht in Deutschland etwa 1,5 Millionen Menschen, die Zahl sinkt von derzeit 56 Millionen auf 54,5 Millionen Personen. Diese Entwicklung vollzieht sich in den neuen wie in den alten Bundesländern. Die daraus resultierende Verringerung des Arbeitsangebotes auf dem Arbeitsmarkt muß allerdings deutlich geringer eingeschätzt werden. Unter Berücksichtigung der (heutigen) Nichterwerbsbetei-

Abbildung 5:

Entwicklung der Zahl der Gesamtbevölkerung und der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre), normiert auf 1995=100



Quelle: Bis 1997 Statistisches Bundesamt; IWH-Projektion.

ligung vieler Personen im erwerbsfähigen Alter reduziert sich dieser Effekt am Arbeitsmarkt auf knapp eine Million Menschen (Ostdeutschland: 60.000, Westdeutschland: 900.000). In dieser Größe ist nur der demographische Effekt berücksichtigt.

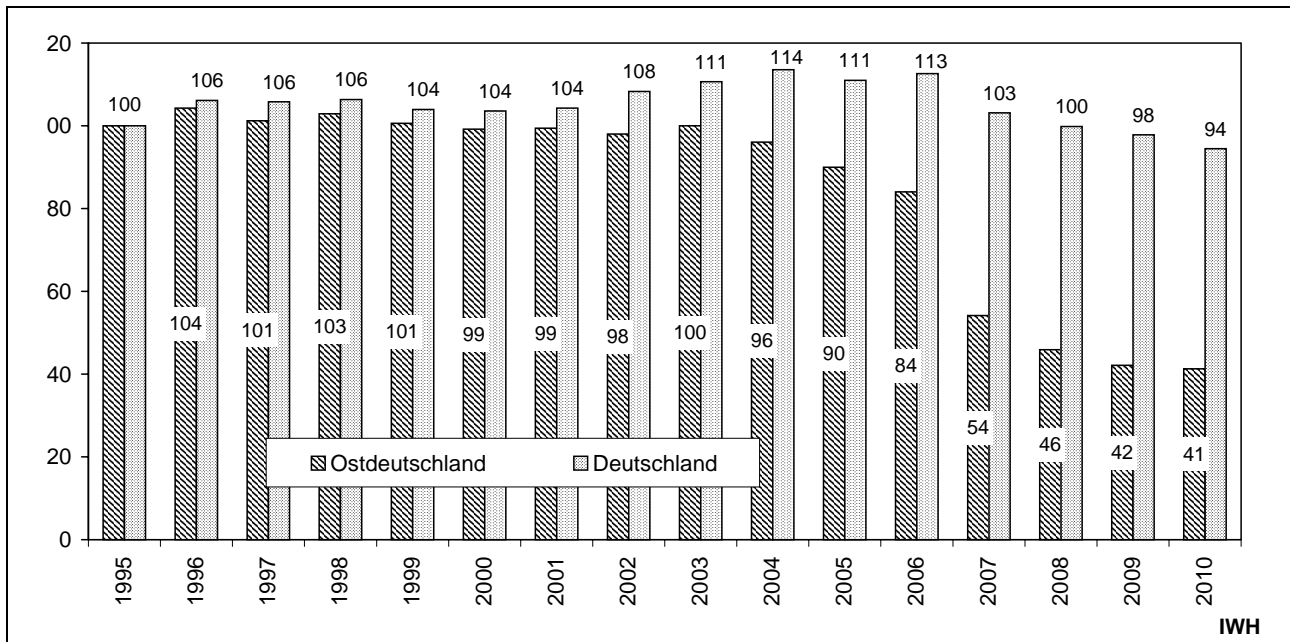
Sollte es zusätzlich zu einem Anstieg der Erwerbsquoten⁸ kommen, verringert sich die Auswirkung auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes weiter.⁹ Hier werden bei den Männern nur wenig Veränderungen erwartet, da eine sinkende Erwerbsbeteiligung bei den 15- bis 24-jährigen (aufgrund einer höheren Bildungsbeteiligung) einer steigenden Erwerbsbeteiligung der 55- bis 64-jährigen gegenübersteht.¹⁰ Bei den ostdeutschen Frau-

⁸ Die Erwerbsquote ist das statistische Maßkonzept für die Erwerbsbeteiligung. Sie bezeichnet den Anteil von Personen, die entweder erwerbstätig oder auf Arbeitssuche sind, bezogen auf alle Personen in der entsprechenden Altersgruppe.

⁹ Von Entlastung des Arbeitsmarktes kann nur im Zusammenhang mit dem derzeitigen Ausmaß der Unterbeschäftigung gesprochen werden, hinsichtlich der Finanzierung der Sozialversicherungssysteme oder der Güternachfrage handelt es sich eher um eine Belastung.

¹⁰ Annahmen zur Entwicklung der Erwerbsquote beruhen im wesentlichen auf: IAB (1998): Projektion des Erwerbspersonenpotentials in Deutschland 1996 bis 2040. Es wird davon ausgegangen, daß es innerhalb des Projektionszeitraumes keine Veränderungen des Renteneintrittsalters geben wird. Mit einem Rückgang der Praxis der Frühverrentung aufgrund der Belastung der Sozialversicherungen wird dagegen gerechnet.

Abbildung 6:
Entwicklung der Zahl der 16-jährigen, normiert auf 1995=100



Quelle: Bis 1997 Statistisches Bundesamt; IWH-Projektion.

en wird ein ähnlicher Effekt erwartet, wobei im Saldo ein leichter Rückgang der Erwerbsneigung als realistisch anzusehen ist. Bei den westdeutschen Frauen wird jedoch wie in der Vergangenheit ein deutlicher Anstieg vermutet.¹¹ Es wird vom Szenario konstanter Erwerbsquoten bei den Männern und einer um einen Prozentpunkt sinkenden ostdeutschen Frauenerwerbsquote ausgegangen. Von der Erwerbsbeteiligung der Frauen in den alten Bundesländern wird vermutet, daß sie im Prognosezeitraum im bisherigen Tempo (0,25 Prozentpunkte pro Jahr) weiter steigt und somit 2010 um 3,2 Prozentpunkte höher liegt als 1997. Im Ergebnis verschwindet die angebotsseitige Wirkung des Arbeitsmarktes vollständig (Ostdeutschland: 90.000 Rückgang, Westdeutschland: 100.000 Zuwachs).

Zahl der potentiellen Lehrstellensuchenden geht in Ostdeutschland stark zurück

Bei der Generation, die demnächst in das Erwerbsalter eintritt und eine Lehrstelle suchen wird, ergibt sich in Ostdeutschland eine besondere Ent-

wicklung. Dabei widerspiegeln die hier präsentierten Ergebnisse bezüglich der potentiellen Lehrstellennachfrage der nächsten Jahre wiederum nur den demographischen Einfluß. Da die Aufnahme einer Lehre in verschiedenen Altersstufen und Schulabschlüssen möglich ist und zur Zeit auch immer wieder ein Überhang aus dem Vorjahr erneut nach einer Ausbildungsstelle sucht, sind die Zahlen entsprechenden Schwankungen unterworfen.¹² Desweiteren wird vorausgesetzt, daß ein gleichbleibender Anteil von Jugendlichen eine Berufsausbildung wünscht und nicht ein Studium aufnehmen möchte oder gar keine Berufsausbildung anstrebt.¹³ Als Indikator der potentiellen Lehrstellennachfrage wird das Niveau der Generation der 16-jährigen in der Bundesrepublik genutzt.

¹¹ Die Frauenerwerbsquote in den alten Bundesländern ist langfristig deutlich gestiegen. In den Jahren 1990 bis 1997 betrug der Anstieg jahresdurchschnittlich 0,25 Prozentpunkte und liegt aktuell bei 60,3 vH (1997).

¹² Zur Lage, insbesondere der Angebotssituation auf dem Lehrstellenmarkt vgl.: BERGEMANN, A.: Zur Lehrstellensituation in Deutschland: Bestimmungsgrößen des Angebots an Ausbildungsplätzen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 13/1997, S. 3-9.

¹³ Die tatsächliche Nachfrage von Lehrstellen ist von weiteren Faktoren abhängig, wie der Relation zwischen Angebot und Nachfrage, der vorgelagerten Bildungsentscheidung und weiterführenden Berufsausbildung, vgl. BEHRINGER, F.; ULRICH, J. G.: Die Angebotsabhängigkeit der Nachfrage nach Ausbildungsstellen als Problem bei der Vorausschätzung der zukünftigen Nachfrage, in: MittAB, Nr. 3 (1997), S. 612-619.

In den neuen Bundesländern ist aus demographischer Sicht eine gleichbleibende Nachfrage nach Lehrstellen in den nächsten Jahren zu erwarten (vgl. Abbildung 6). Es ist jedoch ab 2004 mit einer Entspannung auf dem ostdeutschen Lehrstellenmarkt zu rechnen. Im weiteren Verlauf erreicht die zahlenmäßig kleine Generation der unmittelbar nach der Wende in Ostdeutschland Geborenen das Erwerbsalter. Im Jahr 2007 ist eine Halbierung der Zahl der potentiell eine Lehrstelle Suchenden gegenüber dem heutigen Niveau zu erwarten. Am Ende des Projektionszeitraumes ist die Zahl der Lehrstellensuchenden auf gut 40 vH des Ausgangsniveaus abgesunken.¹⁴

Deutschlandweit ist aus demographischer Sicht für die nächsten drei Jahre mit einer ähnlichen Si-

tuation auf dem Ausbildungs- und Lehrstellenmarkt wie heute zu rechnen (vgl. Abbildung 6). Ab 2002 ist jedoch eine wachsende Nachfrage von Ausbildungsplätzen im dualen System zu erwarten. Der Rückgang ab 2007 ist im wesentlichen auf die besondere ostdeutsche Entwicklung zurückzuführen.

Diese Entwicklung stellt für die Lehrstellensituation durch die geringere Nachfrage eine Entlastung dar, falls es aus konjunkturellen Gründen nicht schon vorher zu einer Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt kommt.

Wolfram Kempe
(wke@iwh.uni-halle.de)

Energieeinsparung im ostdeutschen Mietwohnungsbestand: Mehr Investitionsanreize notwendig

Fast ein Viertel der gesamtdeutschen Emissionen des Klimaschadstoffs Kohlendioxid wird vom Raumwärmeverbrauch verursacht. Doch bestehen gerade hier große Minderungspotentiale, deren Nutzung oft allein wegen der damit verbundene Energiekostensenkung lohnenswert ist. Obgleich dies insbesondere für den Mietwohnungsbestand der neuen Bundesländer gilt, wird immer noch ein großer Teil der ostdeutschen Mietwohnungen modernen wärme- und heizungstechnischen Standards nicht gerecht. Nach wie vor sorgen Finanzierungsprobleme ostdeutscher Vermieter dafür, daß der Instandsetzungstau nur langsam abnimmt und Energiesparmaßnahmen unterbleiben. Aber auch dort, wo bereits modernisiert wird, sind die Anreize, Investitionen an einer optimalen Nutzung der Energiesparpotentiale auszurichten, nicht ausreichend. Das nunmehr auch in Ostdeutschland geltende Vergleichsmietensystem kann dieses Defi-

zit – dem das Auseinanderfallen der Adressaten von Kosten und Nutzen energiesparender Maßnahmen zugrunde liegt – nicht kompensieren.

Ordnungsrechtliche Vorgaben und förderpolitische Maßnahmen allein sind kaum geeignet, dieses Dilemma zu entschärfen. Sollen die Energiepreiserhöhungen im Zuge der Ökosteuerreform wirkungsvolle Investitionsanreize auslösen, ist eine Verbesserung der Anreizkompatibilität des Vergleichsmietensystems, ergänzt um eine Anpassung der relevanten technischen Verordnungen und Förder Richtlinien, notwendig.

Energiesparpotentiale im ostdeutschen Mietwohnungsbestand

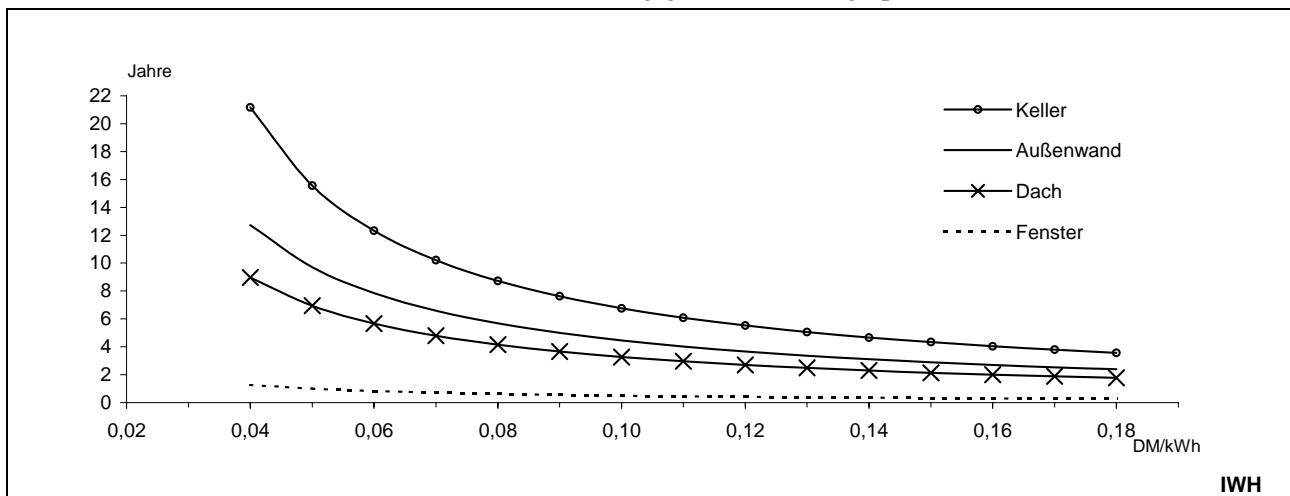
Im Jahr 1989 lagen die jährlich durch Raumheizung verursachten CO₂-Emissionen pro Quadratmeter Wohnfläche in Ostdeutschland mehr als 40 vH über vergleichbaren Werten der alten Bundesländer.¹⁵ Hierfür war zum einen der sowohl

¹⁴ Der Anteil der ostdeutschen Jugendlichen im Alter von 16 Jahren an allen Altersgenossen in Deutschland geht von 24,6 vH (1995) auf 10,7 vH (2010) zurück. Der Bevölkerungsanteil der neuen Bundesländer hingegen verringert sich dagegen kaum von 18,9 vH (1995) auf 18,5 vH (ab 2001, bis zum Ende der Projektion konstant). Im Jahr 1989 betrug der Bevölkerungsanteil Ostdeutschlands noch 20,8 vH.

¹⁵ Vgl. BORGES, H.; LORENZ, G. HELMSTÄDTER, E.: Energieeinspar- und CO₂-Minderungspotentiale im Wohngebäudebestand der neuen Bundesländer bis zum Jahr 2005. Institut für Erhaltung und Modernisierung von Bauwerken. Berlin 1996, S. 13.

Abbildung:

Amortisation von Wärmeschutzmaßnahmen in Abhängigkeit vom Energiepreis ^a



^a Dynamische Amortisationszeit (VDI 2067) fremdfinanzierter Maßnahmen mit durchschnittlichen Investitionskosten: Keller-, Außenwand- und Dachdämmung an Instandsetzung gekoppelt, Fenstererneuerung mit Wärmeschutzverglasung statt üblicher Isolierverglasung, technische Nutzungsdauer der Bauteile: 20-25 Jahre, Hypothekenzins: 5,5 vH, Inflationsrate: 2 vH

Quelle: Passivhausinstitut Darmstadt, Fachinformation PHI-1998/3; Berechnungen des IWH.

konstruktiv als auch bauschadensbedingt schlechte Wärmeschutz der Wohngebäude, zum anderen die ungünstige, größtenteils auf heimischer Braunkohle basierende Energieträgerstruktur und der geringe Nutzungsgrad der Wärmeerzeugungs- und -verteilungsanlagen verantwortlich.

Insbesondere in dem die neuen Bundesländer dominierenden, überwiegend vermieteten Mehrfamilienhausbestand bestehen umfassende Energiespar- und CO₂-Minderungspotentiale. Dort können durch Wärmeschutzmaßnahmen, modernste Heizungstechnik (z. B. Brennwerttechnik), effizientere Raumtemperaturregulierung und Optimierung der haustechnischen Anlagen beachtliche Einspar-effekte erreicht werden. Nach Untersuchungen des Instituts für Erhaltung und Modernisierung von Bauwerken (IEMB) wäre bei konsequenter Einhaltung der aktuellen Wärmeschutzverordnung bis 2005 eine Senkung des jährlichen Primärenergiebedarfs um fast zwei Drittel und eine Reduktion der CO₂-Emissionen von 62 vH möglich. Zusätzliche Emissionsminderungen in Höhe von 14 vH ließen sich mit der Substitution von Kohle durch umweltfreundlichere Energieträger und die Kraft-Wärme-Kopplung bei der Fernwärmeerzeugung erzielen.¹⁶

Eine rasche Realisierung dieser Potentiale setzt jedoch die Rentabilität und Finanzierbarkeit der notwendigen Investitionen voraus. Da bauliche Energiesparmaßnahmen beim gegenwärtigen Energiepreisniveau häufig nur in Verbindung mit ohnehin notwendigen Instandsetzungen wirtschaftlich sind, befindet sich der ostdeutsche Wohnungssektor in einer vergleichsweise günstigen Ausgangssituation: Wegen des umfassenden, durch Bauschäden und Wohnwertdefizite bedingten Instandsetzungs- und Modernisierungsbedarfs führen Energiesparmaßnahmen in weiten Teilen des ostdeutschen Wohnungsbestands zu vergleichsweise niedrigen Zusatzkosten und kurzen Amortisationszeiten. Beispielsweise dürfte sich die Anbringung eines Wärmedämmverbundsystems an der Außenwand eines Wohngebäudes bei einem Energiepreis von 0,06 DM/kWh und durchschnittlichen Investitionskosten (bei Außenwanddämmung etwa 40 DM/qm) bereits nach acht Jahren amortisiert haben (vgl. Abbildung).

Dennoch zeigt sich, daß die aktuellen Rahmenbedingungen des ostdeutschen Mietwohnungsmarktes keine geeignete Grundlage für schnelle Fortschritte des energietechnischen Modernisierungsprozesses bilden. Zum einen sind viele ostdeutsche Vermieter noch immer mit Problemen der Finanzierung des dringlichen Instandsetzungsbedarfs

¹⁶ Vgl. ebenda, S. 88-98.

konfrontiert. Andererseits dürften mit der Übernahme des Vergleichsmietensystems in Ostdeutschland die Anreize der Vermieter, in Energiesparmaßnahmen zu investieren, kaum gestiegen sein.

Instandsetzungstau noch nicht überwunden

Zweifelloos ist der Instandsetzungs- und Modernisierungsprozeß im Wohnungsbestand der neuen Länder auch im Bereich der Energieeinsparung ein gutes Stück vorangekommen. Immerhin entsprach laut Ergebnissen des Wohnungsbestandspanels der neuen Bundesländer¹⁷ 1996 ein gutes Drittel aller Wohnungen im älteren Gebäudebestand (Altersklassen bis 1968) aktuellen heizungs- und wärmetechnischen Standards. Weitere 11 vH waren bereits mit einer modernen Heizung versehen worden (vgl. Tabelle). Aktuellere Angaben des Gesamtverbands deutscher Wohnungswirtschaft (GdW), die auch den neueren Wohnungsbestand bis 1989 einbeziehen, bestätigen dies. Demnach waren 1997 etwa 32 vH der von den Mitgliedsunternehmen erfaßten Wohnungen mit modernen Heizungen und Wärmedämmung nachgerüstet bzw. bei 34 vH zumindest Fenster und Heizungsanlage modernisiert worden. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß diese Entwicklung nur mit Hilfe der massiven Förderung durch Bund und Länder sowie die großzügigen steuerlichen Sonderregelungen möglich war. Immerhin wurden zwischen 1993 und 1996 bei durchschnittlich 60 vH aller Modernisierungsmaßnahmen öffentliche Fördermittel in Anspruch genommen.¹⁸

Für den übrigen, noch zu modernisierenden Teil des Wohnungsbestands bleiben die Investitionsbedingungen schwierig. Nach wie vor existieren Probleme bei der Finanzierung der kaum mietpreiswirksamen Instandsetzungsinvestitionen. Da sich die Refinanzierung der Erneuerungsinvestitionen nach § 3 Miethöhegesetz (MHG) nur auf den

Kostenanteil der Modernisierung beschränkt (jährliche Umlage von 11 vH des Modernisierungskostenanteils auf die Miete), müssen die Instandsetzungskosten bzw. der Kapitaldienst allein aus den vorhandenen Rücklagen bzw. dem Eigenkapital bestritten werden.¹⁹ Hohe Investitionsausgaben, langjährige Mietpreisbindung und Altverbindlichkeiten haben hierfür jedoch wenig Spielraum gelassen. Hinzu kommt, daß auf dem vor allem durch umfangreichen Wohnungsneubau gesättigten ostdeutschen Wohnungsmarkt die Vermietung modernisierter Bestandswohnungen zunehmend schwieriger wird. Sind jedoch schon Instandsetzungsmaßnahmen nicht zu finanzieren, dann unterbleiben die daran gekoppelten Energiesparinvestitionen erst recht.

Davon sind besonders kommunale Wohnungsunternehmen betroffen, die in den neuen Ländern etwa 40 vH aller Mietwohnungen bewirtschaften. Dort wird die Bestandsmodernisierung auch weiterhin durch ungeklärte Eigentumsverhältnisse und fehlende Grundbucheintragungen behindert. So war 1997 für 39 vH der insgesamt restitutionsbehafteten, fast ausschließlich im Bestand kommunaler Wohnungsunternehmen befindlichen Gebäude immer noch keine rechtskräftige Entscheidung getroffen worden.²⁰ Die betroffenen Wohnungsunternehmen können in diesen Fällen lediglich die dringenden Instandsetzungsmaßnahmen vornehmen und müssen auf eine umfangreiche Modernisierung verzichten. Überdies sind der Fremdfinanzierung dieser Instandsetzungsmaßnahmen enge Grenzen gesetzt, da auf rückübertragungsbetroffene Gebäude keine Hypotheken aufgenommen werden können. Auch der für viele private Vermieter vorteilhafte steuerliche Ausgleich von Verlusten aus der Wohnungsvermietung konnte mangels anderer Einkunftsarten nicht zur Entlastung der Wohnungsunternehmen herangezogen werden.

Der unterdurchschnittliche Modernisierungsgrad der kommunalen Wohnungen im Wohnungsbestandspanel belegt die Bedeutung dieser Engpässe (vgl. Tabelle). Hier wurde vor allem an re-

¹⁷ Trotz gewisser Schwächen hinsichtlich der Aktualität und Repräsentativität (Altersklasse 1968-1989 wird nicht untersucht) ist das Wohnungsbestandspanel für die neuen Bundesländer die aktuellste Datenquelle, anhand derer genauere Aussagen über Umfang und Intensität der energie-technischen Modernisierungsmaßnahmen im Mehrfamilienhausbestand der neuen Bundesländern möglich sind. Vgl. WOHNUNGSBESTANDSPANEL FÜR DIE NEUEN BUNDESLÄNDER: Ergebnisbericht der Eigentümerbefragung 1996. Bonn 1998.

¹⁸ Vgl. ebenda, S. 55.

¹⁹ Die durchschnittliche Mietumlagequote für modernisierte Wohnungen des Wohnungsbestandspanels 1996 lag bei 48 vH. Vgl. ebenda, S. 54.

²⁰ Vgl. GdW Informationen: Daten und Fakten zur unternehmerischen Wohnungswirtschaft in den neuen Ländern, 1998, S. 9.

Tabelle:

Energiesparende Ausstattung ostdeutscher Wohnungen nach Eigentumssituation und Baualter

Wohnungen in vH		Ausstattungsmerkmale			Baualtersklasse		
<i>Eigentumssituation</i>		Heizung und Fenster modernisiert, Wärmedämmung	Heizung modernisiert	insgesamt	bis 1918	1919 bis 1948	1949 bis 1968
<i>insgesamt</i>		33,6	10,9	44,5	41,4	39,4	54,1
<i>privat</i>		39,5	14,5	54,0	52,1	53,7	73,2
davon:	ohne Wechsel	30,5	15,7	46,2	43,9	47,2	(100)
	kommunal → privat	45,8	13,9	59,7	53,3	64,7	80,6
	privat → privat	43,5	13,7	57,2	69,8	37,5	-
<i>kommunal</i>		18,8	5,1	23,9	3,8	19,9	40,3
davon:	Eigentumsfrage geklärt	27,1	6,7	33,8	7,6	24,0	44,8
	Eigentumsfrage ungeklärt	3,9	2,2	6,1	2,0	10,4	15,1
<i>genossenschaftlich</i>		44,7	9,8	54,5	-	21,3	65,4

Quelle: Wohnungsbestandspanel für die neuen Bundesländer, Ergebnisbericht der Eigentümerbefragung 1996.

stitutionsbehafteten Gebäuden bzw. an nur mit hohem Kostenaufwand modernisierbaren Wohnungen der älteren Baualtersklassen (bis 1949) wenig getan. Private Eigentümer, die weder von Restitutionsansprüchen noch von Altschulden betroffen sind, konnten dagegen in großem Umfang von den steuerlichen Sonderregelungen profitieren und haben bis 1996 mehr als die Hälfte ihrer Wohnungen heizungs- bzw. wärmetechnisch nachgerüstet. Ähnlich hohe Anteile energietechnisch modernisierter Wohnungen weisen die Wohnungsgenossenschaften auf. Sie sind im Vergleich zu den kommunalen Wohnungsgesellschaften aufgrund des überwiegend nach 1949 errichteten Wohnungsbestands kaum von Restitutionsansprüchen betroffen und mußten dank des geringen Anteils schwer beschädigter Altbauten verhältnismäßig niedrige Instandsetzungs- und Modernisierungskosten pro Wohnung aufwenden.²¹

Mangelnde Anreize zur Energieeinsparung

Nicht nur Finanzierungsengpässe stehen dem Fortschritt der energietechnischen Modernisierung im Wege. Vielmehr ist der Anreiz der Investoren, den Umfang der Energiesparmaßnahmen an ihrem wirtschaftlichen Optimum auszurichten, am Miet-

wohnungsmarkt allgemein gering einzuschätzen. Während selbstnutzende Wohnungseigentümer ein unmittelbares Interesse an optimalen Energiesparmaßnahmen haben, wird dieser Anreizmechanismus bei der Vermietung durch das sogenannte „Investor-Nutzer-Dilemma“ ausgehebelt. Der Vermieter profitiert von den Effizienzgewinnen einer Komplettmaßnahme nicht direkt, sondern macht seine Investitionsentscheidung von der Refinanzierungsfähigkeit durch die Modernisierungsumlage, erzielbaren Neuvertragsmieten, technischen Auflagen und verfügbaren Fördermitteln abhängig. Daher ist keineswegs sichergestellt, daß der vom Vermieter als rentabel angesehene Investitionsaufwand im Hinblick auf die erzielbare Energieeinsparung effizient ist. Ungenutzte Energiesparpotentiale und Effizienzverluste aufwendiger Einzelmaßnahmen werden dabei in Kauf genommen.

Die Modernisierungsstruktur der Wohnungen des Wohnungsbestandspanel bestätigt dies insofern, als daß zwar Heizungen und Fenster sehr häufig gleichzeitig modernisiert werden, die zur Kompensation des zusätzlichen Wärmeverbrauchs und Optimierung der Leistung der Heizungsanlage unerläßliche Wärmedämmung jedoch bei einem Viertel der modernisierten Wohnungen zunächst unterblieb (vgl. Tabelle). Ebenso wurde bei Dach- und Fassadeninstandsetzungen die Gelegenheit zur

²¹ Vgl. WOHNUNGSBESTANDSPANEL FÜR DIE NEUEN BUNDESLÄNDER, a. a. O., S. 54.

Durchführung von Wärmedämmmaßnahmen häufig nicht genutzt.²²

Das „Investor-Nutzer-Dilemma“ wird durch die geringe Relevanz des Energieverbrauchs im Vergleichsmietensystem verstärkt. So hat der Vermieter bei bestehenden Mietverhältnissen trotz der Modernisierungumlage nur geringe Anreize, den Umfang wärmetechnischer Modernisierungen über die mietpreisrelevanten Beschaffenheitskriterien des Mietspiegels hinaus auszudehnen. Schließlich ist der überwiegende Teil der modernisierungsbedingten, zusätzlichen Mieteinnahmen im Zuge des gesetzlichen Mieterhöhungsanspruchs im Zeitverlauf auch mit wesentlich geringerem Kapitaleinsatz realisierbar.²³ Bei Neuvermietungen ist ebenfalls nicht garantiert, ob der Markt zusätzliche Energiesparmaßnahmen belohnt. Da potentielle Mieter gewöhnlich nur geringe Informationen über die energetische Qualität – also die Gesamtkosten – eines Wohnungsangebots besitzen, richten sie ihre Zahlungsbereitschaft am erwarteten Qualitätsdurchschnitt aus. Unter diesen Bedingungen kann sich ein Angebot überdurchschnittlich energieeffizienter Wohnungen am Markt kaum durchsetzen.²⁴ Weil in vielen Mietspiegeln energiesparende Ausstattungsmerkmale nur pauschal Niederschlag finden, wird mit dem herrschenden Vergleichsmietensystem weder die Markttransparenz für energetische Qualitätskriterien wesentlich erhöht noch die Vermarktung energiesparender Wohnungen gefördert.²⁵

Unter diesen Bedingungen können auch ordnungsrechtliche Auflagen und öffentliche Förder-

mittel kein effizientes Investitionsverhalten anregen. Vielmehr besteht die Gefahr, daß konzeptionelle Schwächen dieser Instrumente die Effizienz der Energiesparmaßnahmen weiter reduzieren. Obgleich mit der Novelle der Wärmeschutzverordnung 1995 beabsichtigt wurde, die Einhaltung energietechnischer Mindeststandards auch bei Instandsetzungsmaßnahmen im Wohnungsbestand durchzusetzen, hat sich schnell gezeigt, daß dieses Ziel nicht erreichbar ist. Viele Maßnahmen im Gebäudebestand sind baugenehmigungsfrei, weshalb auf eine Überprüfung des Wärmeschutznachweises in der Regel verzichtet wird.²⁶ Zudem beschränken sich die Anforderungen jeweils nur auf einzelne Bauteile und schließen die Effizienz der Heizungsanlage nicht ein. Daher wird eine am Energieverbrauchs- und Kostenminimum ausgerichtete Vorgehensweise bei der Modernisierung kaum angeregt. Eine ähnliche Wirkung geht von einem Teil der öffentlichen Förderprogramme aus, die mit der Unterstützung von Einzelmaßnahmen geradezu Anreize zur Umsetzung voneinander unabhängiger Maßnahmen setzen.

Energieeinsparung durch höhere Markttransparenz

Sollen zukünftig wirksame Anreize gesetzt werden, bei der Wohnungsmodernisierung den Aspekt der Energieverbrauchssenkung stärker zu berücksichtigen, dürfen sich umweltpolitische Impulse nicht allein auf wärmetechnische Standards, förderpolitische Investitionsanreize oder die Besteuerung fossiler Energieträger beschränken. Vielmehr besteht hinsichtlich der Überwindung des „Investor-Nutzer-Dilemmas“ Handlungsbedarf. Nur so ist erreichbar, daß Energiepreissteigerungen nicht allein die vergleichsweise geringen Energiesparpotentiale der Mieter aktivieren, sondern den Vermieter zu wesentlich wirksameren Investitionen in Energiespartechniken veranlassen.

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung wäre getan, wenn sich durch geeignete wohnungspolitische Maßnahmen der Einfluß der Energiekosten von Wohnungen auf die ortsübliche Vergleichsmiete vergrößern würde. Dem könnte mit der Aufnahme eines zweckmäßigen Indikators des Heiz-

²² Vgl. ebenda, S. 49 f.

²³ Vgl. KIRCHNER, J.: Die Rentabilität ausgewählter Maßnahmen zur Einsparung von Heizenergie im freifinanzierten und öffentlich geförderten Wohnungsbestand. Darmstadt 1993, S. 14-16.

²⁴ Hierbei handelt es sich um ein typisches Beispiel eines durch asymmetrischen Informationsverteilung ausgelösten Marktversagens (adverse selection). Vgl. AKERLOF, G. A.: The Markets for „Lemons“ – Quality Uncertainty and the Market Mechanism, in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 84, S. 488-500.

²⁵ Ein Beispiel ist der Mietspiegel der Stadt Halle (Saale) 1998: Zwar wird die Sanierung nach geltenden technischen Normen in einem Punktesystem berücksichtigt, doch werden alle Maßnahmen nach dem 3. Oktober 1990 gleich eingestuft. Weder besserer Wärmeschutz nach WSchVO 1995 noch Maßnahmen, die bspw. aus Denkmalschutzgründen von dieser Vorschrift befreit wurden, erfahren eine differenzierte Bewertung.

²⁶ Vgl. UMWELTBUNDESAMT: Jahresbericht 1997, S. 193.

energieverbrauchs als Qualitätskriterium in den Mietspiegel Rechnung getragen werden. Ist der Vermieter in der Lage niedrige Verbrauchswerte zu dokumentieren, so wirkt sich dies erhöhend auf die erzielbare Kaltmiete aus. Als Beleg könnte ein für alle Gebäude verbindlicher Energiebedarfspass, wie er als Bestandteil der geplanten „Energieeinsparverordnung“ auch für modernisierte Bestandswohnungen diskutiert wird, dienen. Eine Verbesserung der Markttransparenz für Wohnungssuchende ließe sich durch die Übertragung des bereits im Bereich der Hausgerätetechnik wirksamen Systems der Energieverbrauchskennzeichnung auf Gebäude bzw. Wohnungen realisieren.

Investitionsanreize durch förderpolitische Kurskorrektur

Dennoch dürfte die schnelle Befriedigung des noch ausstehenden Instandsetzungs- und Modernisierungsbedarfs unter der Bedingung sozial verträglicher Mietsteigerungen ohne eine befristete Fortführung der Sonderförderung für die neuen Bundesländer größere Probleme aufwerfen. Allerdings ist es angebracht, die Akzente der Förderpolitik stärker als bisher auf den Wohnungsbestand und dort auf Instandsetzungsmaßnahmen, deren Kosten vielfach nicht mietpreiswirksam sind, zu setzen.

Ebenso wird die Förderung energiesparender Modernisierungsmaßnahmen in den neuen Bundesländern vorerst noch ein probates Mittel für die schnelle Umsetzung der CO₂-Minderungspotentiale bleiben. Doch auch hier sind Änderungen der Förderkonzeption vorteilhaft. Sollen möglichst weitgehende Effekte erreicht werden, dürfen nur Komplettmaßnahmen förderfähig sein, bei denen nicht nur die Modernisierung von Heizung und/oder Fenstern, sondern ein kompletter Wärmeschutz erfolgt. Zudem sollte die Bewilligung der Fördermittel stets an einen nachweisbaren Mindeststandard der Gesamtmaßnahme gekoppelt sein. Um Mitnahmeeffekte einzuschränken, müßte sich die Förderung an der Differenz zwischen den Kosten ohnehin notwendiger Instandsetzungsmaßnahmen und den Mehrkosten der Energiesparmaßnahmen orientieren. Schließlich wäre zur Erhöhung der Investitionsanreize zu erwägen, die Modernisierungumlage nicht um den gesamten, sondern nur um

einen Teil des Jahresbetrags des Zuschusses bzw. der Zinsermäßigung zu mindern.

Fazit: Rahmenbedingungen für stärkere Marktimpulse erforderlich

Die Energieverbrauchssenkung im ostdeutschen Wohnungsbestand hängt im hohen Maße vom Fortschritt des Instandsetzungs- und Modernisierungsprozesses ab. Schließlich erreichen viele Energiesparmaßnahmen bereits heute bzw. unter Berücksichtigung zukünftiger Energiepreissteigerungen die Rentabilitätsschwelle, wenn sie in Instandsetzungszyklen eingebettet sind. Wird diese Chance nicht ergriffen, bleiben umfangreiche Energiesparpotentiale auf lange Frist ungenutzt oder müssen mit wesentlich höherem Aufwand später nachgeholt werden.

Daher sind die Rahmenbedingungen des ostdeutschen Wohnungsmarktes in erster Linie an einer raschen Beseitigung der Hemmnisse für Instandsetzungsinvestitionen zu orientieren. Auch im Interesse des Umweltschutzes gilt es Lösungen zu finden, die zur schnelleren Klärung der Restitutionsansprüche und Vermögenszuordnung beitragen. Zugleich sind im Hinblick auf die wachsenden Probleme vieler Wohnungsunternehmen bei der Erfüllung der Privatisierungsaufgaben nach dem Altschuldenhilfegesetz wirksamere Entlastungsregelungen notwendig.

Gelingt es, durch Anpassungen des Vergleichsmietensystems und Maßnahmen zur Steigerung der Transparenz auf dem Wohnungsmarkt das „Investor-Nutzer-Dilemma“ zu mindern, kann die Ökosteuer auch im Mietwohnungsbau zusätzliche Investitionen anregen. In dem Maße wie marktliche Anreize zur Energieeinsparung zunehmen, sinkt auch der staatliche Interventionsbedarf in Form von Förderprogrammen und wenig flexiblen, am Stand der Technik orientierten Auflagen. Dem Ordnungsrecht bliebe allerdings eine wichtige Funktion erhalten, durch Informationspflichten seitens der Vermieter die unzureichende Markttransparenz zu erhöhen.

Steffen Hentrich
(shh@iwk.uni-halle.de)

Ausländische Direktinvestitionen in den mittel- und osteuropäischen Reformstaaten – eine Projektion

Im Jahre 1998 zeigten sich in Mittel- und Osteuropa wieder insgesamt steigende, in vielen Ländern der Region sogar stark steigende Netto-Zuflüsse ausländischer Direktinvestitionen. Dabei verstärkte sich die regionale Disparität innerhalb der Ländergruppe der Reformstaaten mit EU-Assoziationsstatus. Während die Attraktivität der Länder Ostmitteleuropas und des Baltikums für multinationale Unternehmen erneut zunahm, verloren die Länder Südosteuropas weiter an Bedeutung. Die Ergebnisse mittel- bis langfristiger Prognosen und Projektionen über den Zustrom ausländischer Direktinvestitionen nach Mittel- und Osteuropa hängen auch davon ab, wann der bereits angekündigte Beitritt einiger Länder der Region zur Europäischen Union stattfinden wird. Hiermit sind erhebliche Änderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbunden. Eine Modellrechnung ausländischer Direktinvestitionen nach einem Beitritt ergibt eine nicht unbeträchtliche Expansion.

Kritischere Betrachtung des Direktinvestitionsstandortes Mittel- und Osteuropa

Das öffentliche Interesse an den Direktinvestitionsabflüssen aus Ländern mit entwickelten Marktwirtschaften und speziell aus Deutschland scheint in der jüngsten Zeit etwas zurückgegangen zu sein. Ein Grund hierfür könnte sein, daß der Eindruck entstanden ist, Unternehmen engagierten sich mit Direktinvestitionen zunehmend weniger in Ländern mit relativ instabilen Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivitäten und in Ländern mit hohen Investitionsrisiken. Speziell für die mittel- und osteuropäischen Reformstaaten hieß es sogar, ausländische Unternehmen zögen sich aus zuvor getätigten Direktinvestitionsengagements wieder zurück.²⁷ Dorthin ausgelagerte Produktionen und Produktionsbereiche würden wieder zurückverlagert. Ausschlaggebend hierfür sei ein ganzes Bündel von Gründen. Hierzu zählten neben den insta-

bilen Rahmenbedingungen insbesondere stark gestiegene Löhne in den Reformstaaten. Diese hätten im Zusammenspiel mit insbesondere hohen Kosten für Transporte von und nach Mittel- und Osteuropa, beispielsweise von Zwischenprodukten, zu Kostenbelastungen geführt, welche zuvor eingegangene Engagements unrentabel erscheinen ließen.

Trotz des anscheinend zurückgegangenen öffentlichen Interesses stellt sich die Frage, wie sich die Direktinvestitionsströme nach Mittel- und Osteuropa in Zukunft entwickeln dürften. Dabei ist es grundsätzlich auf verschiedenen Wegen möglich, zu Aussagen über zukünftige Direktinvestitionsströme nach Mittel- und Osteuropa zu gelangen. Bisherige Untersuchungen hierzu beruhen häufig darauf, empirische Erkenntnisse, gewonnen in Studien über andere Regionen der Welt, auf Mittel- und Osteuropa zu übertragen. So zieht beispielsweise DÖHRN aus einer Analyse der Direktinvestitionsverhältnisse in den OECD-Ländern Rückschlüsse auf die Direktinvestitionsströme in die Reformstaaten.²⁸ Der Autor prognostiziert auf Basis von Daten der Jahre 1990 bis 1992, daß über einen Zeitraum von zehn Jahren beispielsweise aus Deutschland Direktinvestitionsströme in die Reformstaaten in einer Größenordnung von durchschnittlich 2,1 Mrd. US-Dollar pro Jahr fließen dürften. Dies würde für die Zukunft einen erheblichen Einbruch der Direktinvestitionen bedeuten. So verzeichnete Deutschland bereits 1995 Netto-Abflüsse von etwa 2,8 Mrd. US-Dollar und 1996 von etwa 2,9 Mrd. US-Dollar.²⁹ BRENTON; di MAURO; LÜCKE stützen ihre Prognose der Direktinvestitionen in Mittel- und Osteuropa auf ei-

²⁷ Die Osteuropa-Begeisterung vieler Unternehmen ist verflogen; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 115, Mittwoch, 21. Mai 1997, S. 17.

²⁸ Vgl. DÖHRN, R.: EU-enlargement and transformation in Eastern Europe consequences for foreign direct investment in Europe. RWI-Papiere Nr. 42. Essen 1996. Im Zeitraum, auf den Döhrn seine Berechnungen stützt, zählte noch kein mittel- oder osteuropäisches Reformland zu den OECD-Mitgliedsstaaten.

²⁹ Vgl. MEISSNER, T.: Wachsende deutsche Direktinvestitionen in Mittel- und Osteuropa und deren Unterstützung durch den deutschen Staat; in: IWH, Wirtschaft im Wandel 14/1997, S. 3-8 (Angaben umgerechnet zum jahresdurchschnittlichen Wechselkurs der D-Mark zum US-Dollar).

Tabelle 1:

Ausländische Direktinvestitionen (netto^a) in den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas mit EU-Assoziationsstatus gemäß der nationalen Zahlungsbilanzstatistiken^b

- in Mio. US-Dollar, sofern nicht anders vermerkt -

Land oder Teilregion	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997 ^c	Summe der Jahre 1990 bis 1997	Summe der Jahre 1990 bis 1997 pro Kopf der Bevölkerung ^e	Januar bis Juni 1997	Januar bis Juni 1998
<i>Ostmitteleuropa</i>	514	2.210	2.951	3.716	2.689	8.397	6.544	6.354	33.375	502		
darunter:												
Polen	10	117	284	580	542	1.134	2.741	3.041	8.449	219	1.235	2.025
Tschechoslowakei	195	593	1.083	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Slowakische Republik	-	-	-	134	170	157	250	90	1.001	186	-23	175
Tschechische Republik	-	-	-	563	749	2.526	1.388	1.275	8.172	792	449	820
Ungarn	311	1.459	1.471	2.328	1.097	4.410	1.987	1.653	14.716	1.444	688	860
Slowenien	-2	41	113	111	131	171	178	295	1.038	521	172	27
<i>Südosteuropa</i>	-14	93	115	142	445	515	720	1.425	3.441	111		
darunter:												
Bulgarien	4	56	42	55	105	98	140	499	999	119	316	109
Rumänien	-18	37	73	87	340	417	580	926 ^d	2.442	108	-	-
<i>Baltische Republiken</i>	-	-	111	230	393	520	497	890	2.640	344		
darunter:												
Estland	-	-	80	154	212	182	110	132	870	592	95	139
Lettland	-	-	31	41	150	266	235	430	1.153	461	-	-
Litauen	-	-	0	35	31	72	152	328	617	166	138	218
<i>Insgesamt</i>	500	2.303	3.177	4.088	3.527	9.432	7.761	8.669	39.456	375		

^a Saldo der ausländischen Direktinvestitionen im Inland und der Direktinvestitionen im Ausland. – ^b Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. – ^c Zum Teil noch vorläufig. – ^d Nur bis November. – ^e Bevölkerungszahl ist die jüngste verfügbare.

Quellen: Nationale Statistiken; Vereinte Nationen; Berechnungen des IWH.

nen Vergleich zwischen Daten dieser Länder und Daten zu Ländern anderer Regionen der Welt.³⁰ Nach Auffassung dieser Autoren können die Direktinvestitionsströme in die Reformländer, wie sie zur Mitte der 90er Jahre zu beobachten waren, nur noch im Gleichschritt mit der Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Reformländer weiter zunehmen. Überproportionale

Steigerungen wie zu Beginn der 90er Jahre halten die Autoren für ausgeschlossen.

Direktinvestitionen nach Mittel- und Osteuropa zuletzt mit stark steigender Tendenz

Die jüngsten statistischen Kennziffern lassen bei den Zuflüssen ausländischer Direktinvestitionen in die Reformstaaten Mittel- und Osteuropas mit EU-Assoziationsstatus³¹ keine nur allmählich steigende, stagnierende oder sogar fallende Ten-

³⁰ Vgl. BRENTON, P.; MAURO di, F.; LÜCKE, M.: Economic integration and FDI – an empirical analysis of foreign investment in the EU and in Central and Eastern Europe. Kieler Arbeitspapiere Nr. 890. Kiel 1998.

³¹ Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, die Slowakische Republik, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn.

denz erkennen. Im Jahre 1998 zeigten sich statt dessen in vielen Ländern wieder stark steigende Netto-Zuflüsse. So vermeldete allein Polen für das erste Halbjahr Netto-Direktinvestitionen in einer Größenordnung von mehr als 2 Mrd. US-Dollar nach gut 1,2 Mrd. US-Dollar im Vergleichszeitraum des Vorjahres (vgl. Tabelle 1). Bis November erhöhte sich der Zufluß sogar auf mehr als 5 Mrd. US-Dollar. Eine höhere Jahresziffer hatte zuvor noch kein Reformland der Region gemeldet. Auch in Ungarn ließen sich zwischen Januar und Juni 1998 deutlich höhere Direktinvestitionen beobachten. Diese übertrafen die Vergleichswerte des Vorjahres um gut ein Viertel. Die Tschechische Republik erscheint nach der Überwindung ihrer Währungskrise vom April 1997 wieder als attraktiv für Investitionen multinationaler Unternehmen. Dieses Land zog im ersten Halbjahr des Jahres 1998 ausländische Direktinvestitionen im Umfang von 820 Mio. US-Dollar auf sich. Dies entsprach einer Steigerung um mehr als 80 vH gegenüber dem ersten Halbjahr des Jahres 1997. Die Slowakische Republik akkumulierte im ersten Halbjahr bereits mehr ausländische Direktinvestitionen als im gesamten Vorjahr.

In den baltischen Republiken kam es im Jahre 1998 ebenfalls wieder zu deutlich stärkeren Engagements multinationaler Unternehmen. So überstiegen in Litauen die ausländischen Direktinvestitionen im ersten Halbjahr 1998 die Vergleichswerte des Vorjahres um mehr als die Hälfte. Estland attrahierte zur selben Zeit mehr ausländische Direktinvestitionen als in jeweils beiden Jahren zuvor. Vergleichsweise zögerlich verhielten sich hingegen international investierende Unternehmen in Südosteuropa und in Slowenien. Hier machten sich offenbar die verhalteneren Fortschritte bei der Umsetzung notwendiger Reformen bemerkbar. So litten die Direktinvestitionen nach Bulgarien und nach Slowenien insbesondere darunter, daß die Privatisierung großer Unternehmen zunächst nur zögerlich vorankam.³²

Insgesamt steuern die ausländischen Direktinvestitionen in den mittel- und osteuropäischen Re-

formstaaten mit EU-Assoziationsstatus gegenwärtig auf neue Höchststände zu. Dabei erfolgt der Zufluß in die einzelnen Länder nach wie vor nicht gleichmäßig. Seit der Systemwende ist innerhalb Mittel- und Osteuropas bei den ausländischen Direktinvestitionen eine starke regionale Disparität zu beobachten. Von multinationalen Unternehmen werden – insbesondere bei Zugrundelegen der Zuflüsse je Einwohner – Ungarn, die Tschechische Republik und Estland bevorzugt als Investitionsstandorte gewählt. Zu dieser Gruppe scheint derzeit insbesondere Polen hinzuzutreten, während Slowenien etwas zurückfällt. Die Attraktivität Lettlands, Litauens und der Slowakischen Republik bei international investierenden Unternehmen könnte zukünftig weiter zunehmen.

Ein Strukturmodell

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob es generell möglich ist, Direktinvestitionsflüsse nach Mittel- und Osteuropa zu prognostizieren. Da ausländische Direktinvestitionen in der Regel die Investitionsaktivität eines Empfängerlandes begünstigen, helfen zuverlässige Prognosen über Direktinvestitionszuflüsse dabei, ein verlässlicheres Zukunftsbild der gesamtwirtschaftlichen Leistung eines Landes zu zeichnen. Desweiteren fördern ausländische Direktinvestitionen häufig den Aufbau und den Erhalt langfristiger Unternehmensbeziehungen über Ländergrenzen hinweg. Dadurch wird die Integration von Ländern aufholender Entwicklung, beispielsweise von Reformländern, in die Weltwirtschaft erleichtert. Prognosen über zukünftige Direktinvestitionszuflüsse liefern daher Anhaltspunkte für die Beurteilung der Integrationsgeschwindigkeit und des strukturellen Wandels von Empfängerländern. Ferner trägt die Fähigkeit, Direktinvestitionszuflüsse hinreichend genau zu prognostizieren, dazu bei, künftige Zahlungsbilanzentwicklungen besser zu antizipieren.

Im folgenden sollen die Direktinvestitionszuflüsse in die einzelnen Reformländer Mittel- und Osteuropa mit EU-Assoziationsstatus mit einem Ansatz projiziert werden, der nicht von Erkenntnissen ausgeht, die aus Studien über andere Regionen der Welt stammen. Vielmehr wird zunächst aus der Struktur der seit 1990 nach Mittel- und Osteuropa selbst geflossenen Direktinvestitionen ein ge-

³² Vgl. WYZAN, M.: Varied economic fortunes in Visegrad and the Balkans; in: Radio Free Europe; Radio Liberty. Prag, Tschechische Republik: RFE; RL Newslines Jg. 2, Nr. 15 (23. Januar 1998), Teil 2.

neralisierbares Modell abgeschätzt. Dieses bildet relevante Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge zwischen den Direktinvestitionen der Reformländer der Region und bestimmten Faktoren ab, die auf den Zufluß ausländischer Direktinvestitionen potentiell einwirken. Im Anschluß daran erfolgt auf Basis des Modells eine Projektion der zukünftigen Direktinvestitionen der Länder Mittel- und Osteuropas über einen Zeitraum von zehn Jahren. Dabei werden die bisherigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen und die Entwicklungen der potentiellen Einflußfaktoren im wesentlichen fortgeschrieben.

Bei der Modellfundierung wird auf Standardarbeiten zu den Determinanten ausländischer Direktinvestitionen zurückgegriffen.³³ Es wird mit einem begrenzten Umfang von Faktoren operiert, die auf die Direktinvestitionsströme potentiell einwirken. Die Direktinvestitionsströme werden

- erstens durch das jeweilige Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten (in vergleichbarer Währung),
- zweitens durch die Höhe des Durchschnittslohnes in einer Ökonomie (umgerechnet in US-Dollar) und
- drittens durch die jahresdurchschnittliche Steigerungsrate des Konsumentenpreisindex (Inflationsrate) erklärt.

Alle erklärenden Variablen sind um ein Jahr vordatiert. Dies trägt insbesondere derjenigen Zeit Rechnung, die von der anfänglichen Planung eines Direktinvestitionsprojektes bis zu dessen endgültiger Durchführung verstreicht.

Das Bruttoinlandsprodukt ist als Indikator derjenigen Nachfrage zu werten, mit der direktinvestierende Unternehmen in einem Land rechnen können. Bei einer höheren Nachfrage ist mit höheren Direktinvestitionen zu rechnen. Das bei einer Schätzung ermittelte Vorzeichen des Bruttoinlandsproduktes sollte positiv sein. Die Löhne stellen einen wesentlichen Kostenfaktor wirtschaftlicher Tätigkeit vor Ort dar. Höhere Kosten sollten mit niedrigeren Direktinvestitionen einhergehen. Das

bei einer Schätzung ermittelte Vorzeichen der Lohnhöhe sollte negativ sein. Die Berücksichtigung der jahresdurchschnittlichen Steigerungsrate des Konsumentenpreisindex geht auf die Beobachtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zurück, daß hohe Inflationsraten als ein für die Reformstaaten empirisch sehr aussagekräftiger Indikator verschiedener Investitionshemmnisse gelten können, die mit Risiko und Unsicherheiten im Zusammenhang stehen.³⁴ Das bei einer Schätzung ermittelte Vorzeichen der Inflationsrate sollte negativ sein.

Die abhängige Variable, die Netto-Direktinvestitionszuflüsse eines Jahres, wird auf eine andere Variable bezogen, um eine Vergleichbarkeit zwischen den unterschiedlich großen Ländern Mittel- und Osteuropas herzustellen. Hierfür dient der jeweils in den Ländern vorhandene Bestand (*stock*) an Direktinvestitionen (Direktinvestitionskapital). Dieser errechnet sich aus den Netto-Direktinvestitionszahlen durch Fortschreibung. Das Direktinvestitionskapital eines Jahres entspricht dem Direktinvestitionskapital des Vorjahres, vermindert um 15 vH aufgrund von Abschreibungen und ergänzt um die Netto-Direktinvestitionszahlen der laufenden Periode (*perpetual-inventory method*). Die verwendeten Grunddaten entstammen in der Mehrzahl Publikationen der jeweiligen Zentralbanken oder der jeweiligen statistischen Ämter. Alternativ dazu werden Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und des International Labor Office, Genf, herangezogen.

In die Analyse gehen sowohl Querschnitts- als auch Längsschnittsinformationen ein. Die Querschnittsdimension ist durch die untersuchte Ländergruppe, die Längsschnittsdimension durch den Untersuchungszeitraum vorgegeben. Eine gemeinsame Berücksichtigung beider Dimensionen ist im Rahmen eines Panelansatzes möglich. Um die Einflüsse des Bruttoinlandsproduktes, des Durchschnittslohnes und der jahresdurchschnittlichen Steigerungsrate des Konsumentenpreisindex auf die Direktinvestitionszuflüsse zu ermitteln, be-

³³ Grundlegend in diesem Zusammenhang Dunning, vgl. beispielsweise DUNNING, J. H.: Toward an eclectic theory of international production. Some empirical tests, in: Journal of international business studies, Spring/Summer 1980, S. 9-31.

³⁴ Vgl. EUROPEAN BANK FOR RECONSTRUCTION AND DEVELOPMENT: Transition report 1995 – Economic transition in eastern Europe and the former Soviet Union. Investment and enterprise development. London 1995, S. 76-90.

Tabelle 2:

Ergebnisse der Schätzungen zu den ausländischen Netto-Direktinvestitionen in die Reformstaaten Mittel- und Osteuropas. (Fixed-effects-Schätzung)

Exogene Variable:	
Bruttoinlandsprodukt (-1)	1,321** (0,646)
Durchschnittslohn in US-Dollar (-1)	-0,961*** (0,142)
Inflationsrate (-1)	-0,174** (0,077)
Teststatistiken:	
Korrigiertes Bestimmtheitsmaß	0,725
Durbin-Watson-Wert	1,956

Bemerkungen: (1) Signifikanzniveaus: ***: 1 vH; **: 5 vH. – (2) Die asymptotischen Standardfehler in den Klammern sind robust gegenüber Heteroskedastizität über die untersuchten Länder hinweg.

Quelle: Grundzahlen gemäß den Angaben im Haupttext; Berechnungen des IWH.

rücksichtigt der hier gewählt Ansatz das mögliche Vorliegen im Zeitablauf konstanter, unbeobachteter, länderspezifischer fixer Einflüsse (*fixed effects*).³⁵ Diese können etwa aus im Zeitablauf konstanten kulturellen Gegebenheiten der betrachteten Länder, aber ebenso auch aus der Lage der einzelnen Länder im Raum resultieren.³⁶

Tabelle 2 faßt die Resultate der Schätzung zusammen. Diese berücksichtigen explizit die zwischen den einzelnen Reformstaaten Mittel- und Osteuropas auftretenden Unterschiede in den Streuungen (Heteroskedastizität): Bei Ländern mit im Durchschnitt sehr großen Direktinvestitionszuflüssen, zum Beispiel Ungarn, variieren die Zuflüsse von Jahr zu Jahr deutlich ausgeprägter als bei Ländern mit im Durchschnitt nur geringen Zuflüssen, zum Beispiel Bulgarien. Diesen Unterschieden wird Rechnung getragen. Alle Variablen sind logarithmiert. Die Werte in der Tabelle geben Elastizitäten an, die für alle Länder gemeinsam gelten.

Das Bild entspricht den theoretisch hergeleiteten Erwartungen. Alle potentiellen Einflußfaktoren

³⁵ Ein sogenanntes One Way Error Component-Modell, vgl. BALTAGI, B. H.: Econometric analysis of panel data. Chichester u. a. 1995. Ergebnisse entsprechender Tests lassen den Schluß zu, daß unbeobachtete zeitspezifische Einflüsse nicht berücksichtigt werden müssen.

³⁶ Als alternativer Ansatz wurde eine *Random-Effects-Schätzung* durchgeführt. Da aber die Beobachtungen exogener Merkmale und die unbeobachteten Effekte offenbar korreliert sind, wurde das *Fixed-Effect-Modell* vorgezogen.

(Bruttoinlandsprodukt, Lohn- und Inflationsvariable) weisen ein den Erwartungen entsprechendes Vorzeichen auf. Alle potentiell erklärenden Variablen sind signifikant. Insgesamt erklären die gewählten Faktoren etwas über 70 vH der Variation der Direktinvestitionszuflüsse, ablesbar am Wert des korrigierten Bestimmtheitsmaßes von 0,725.

Der Einfluß eines EU-Beitritts auf die Direktinvestitionen

Projektionen leiten sich aus dem Modellansatz unmittelbar ab. So lassen sich, aufbauend auf Fortschreibungen der erklärenden Faktoren und auf den in der Schätzung gefundenen Parameterwerten, Direktinvestitionszuflüsse bis zum Jahre 2008 bestimmen. Dazu seien zwei Varianten gebildet. Die erste Variante ist eine Fortschreibung des Status quo. Hierbei verbleiben alle Länder der Region

Tabelle 3:

Für den Zeitraum 1999 bis 2008 prognostizierte ausländische Netto-Direktinvestitionen in den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas mit EU-Assoziationsstatus

- in Mio. US-Dollar -

Land bzw. Region	Netto-Zuflüsse	
	ohne Beitritt zur EU	mit Beitritt zur EU
<i>Ostmitteleuropa</i>	40.826	49.762
darunter:		
Polen	15.641	20.305
Slowakische Republik	4.073	4.073
Tschechische Republik	9.081	9.816
Ungarn	10.193	13.045
Slowenien	1.838	2.523
<i>Südosteuropa</i>	7.223	7.223
darunter:		
Bulgarien	3.231	3.231
Rumänien	3.992	3.992
<i>Baltische Republiken</i>	6.007	6.184
Estland	1.177	1.354
Lettland	2.200	2.200
Litauen	2.630	2.630
<i>Insgesamt</i>	54.055	63.169

Quelle: Grundzahlen gemäß den Angaben im Haupttext; Berechnungen des IWH.

außerhalb der EU. Durch einen entsprechend geringen Anpassungsdruck bleibt die Inflationsrate auf einem vergleichsweise hohen Niveau, was auch ein entsprechend höheres Risiko für Investoren signalisiert. Tabelle 3, Spalte 2 zeigt die entsprechenden kumulierten Netto-Direktinvestitionen, nach Ländern geordnet, für die Zeit von 1999 bis 2008.

Es fällt auf, daß die Projektion die Erwartung nicht bestätigt, daß die in jüngster Zeit sehr großen Zuflüsse ausländischer Direktinvestitionen in die Reformstaaten Mittel- und Osteuropas (vgl. Tabelle 1) andauern dürften. Das Modell interpretiert die in jüngster Zeit beobachteten starken Zunahmen der Direktinvestitionen offensichtlich als nur vorübergehend. In den zehn Jahren zwischen dem Jahr 1999 und dem Jahr 2008 dürften sich, sofern keine großen Änderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Region eintreten, Direktinvestitionsströme in die Reformstaaten ergeben, die pro Jahr durchschnittlich ungefähr 10 vH höher ausfallen werden als diejenigen, die in den acht Jahren zwischen 1990 und 1997 pro Jahr durchschnittlich zu beobachten waren. Dies deckt sich in der Tendenz mit denjenigen Ergebnissen, die DÖHRN und BRENTON; di MAURO; LÜCKE mitteilen.

Die Interpretation der jüngsten starken Zuflüsse ausländischer Direktinvestition als vorübergehend durch das hier entwickelte Modell ergibt sich aus der Modellkonstruktion. Die durchgeführten Rechnungen gehen davon aus, daß sich die bisherige Entwicklung der Einflußfaktoren wie des Bruttoinlandsproduktes der Länder oder der Durchschnittslöhne, denen sich vor Ort produzierende Unternehmen gegenübersehen, im wesentlichen unverändert fortsetzt. Unberücksichtigt bleibt dabei unter anderem der zukünftige Beitritt einiger mittel- und osteuropäischer Reformländer zur Europäischen Union. Innerhalb der nächsten Dekade dürften mehrere dieser Länder der EU beitreten. EU-Beitritte verändern die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hinzutretender Länder. So legen insbesondere das spanische und das portugiesische Beispiel den Schluß nahe, daß nach einem Beitritt zur damals noch EG die Zuflüsse ausländischer Direktinvestitionen deutlich ansteigen. Die bislang vorgestellte Projektion trägt diesem „EU-Effekt“ nicht Rechnung. Mit BALDWIN; FRANCOIS; PORTES läßt sich argumentieren, daß im Falle ei-

nes EU-Beitritts insbesondere das Risiko für Investitionen in den Reformstaaten grundlegend sinkt.³⁷ Dieses wird im hier vorgestellten Modell durch die Inflationsrate repräsentiert. Diese sinke, so sei angenommen, mit dem Jahr des Beitritts eines Landes auf konstant 1 vH pro Jahr. Andere Effekte eines EU-Beitritts bleiben ausgeklammert.

Als Ergänzung zu dem bisherigen Modell sei daher im folgenden unterstellt, daß Ungarn im Jahre 2002 der EU beitreten wird und daß Polen, die Tschechische Republik, Estland und Slowenien im Jahre 2003 der EU beitreten werden. Aus diesen Angaben und den bisherigen Projektionen des erarbeiteten Modells lassen sich revidierte kumulierte Netto-Direktinvestitionen für die zehn mittel- und osteuropäischen Reformstaaten mit EU-Assoziationsstatus gewinnen. Spalte 3 der Tabelle 3 präsentiert die Ergebnisse. Es zeigt sich, daß die Direktinvestitionen nach Mittel- und Osteuropa im Falle eines Beitritts der am weitesten auf dem Wege der Reformen vorangeschrittenen Länder durchaus höher ausfallen können als zunächst prognostiziert. Statt gut 54 Mrd. US-Dollar dürfte die Gruppe der zehn Reformländer mit EU-Assoziationsstatus zwischen 1999 und 2008 Direktinvestitionen in einer Größenordnung von gut 63 Mrd. US-Dollar akquirieren. Um diese Summe noch weiter zu steigern, sind allerdings in den Ländern der Region weitergehende strukturpolitische Maßnahmen notwendig. Entscheidend dürfte eine konsequente Wachstumsorientierung der Wirtschaftspolitik sein.

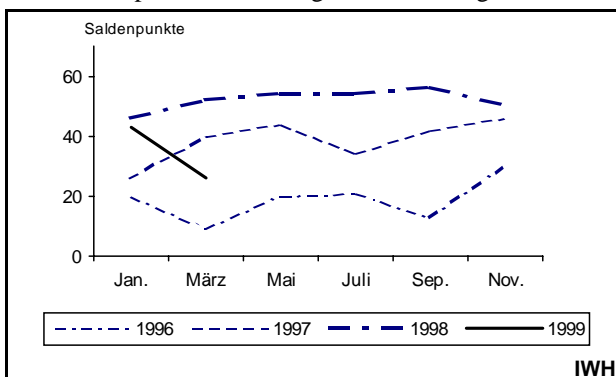
Thomas Meißner
(thomas.meissner@statistik-bund.de)

³⁷ Vgl. BALDWIN, R. E.; FRANCOIS, J. F.; PORTES, R.: The costs and benefits of eastern enlargement the impact on the EU and central Europe; in: Economic policy, April 1997, S. 125-176.

Geschäftsklima im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe im März eingebrochen

Der kräftige industrielle Aufschwung in Ostdeutschland hat seit der allgemeinen Konjunkturabschwächung in Deutschland und Westeuropa im Herbst vergangenen Jahres etwas an Fahrt verloren. Stieg die Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes im Durchschnitt von 1998 gegenüber dem Vorjahr noch um knapp 12 vH, so schmolz der Zuwachs im letzten Vierteljahr auf 10,5 Prozent ab. Dieser Tempowechsel im Wachstumsverlauf ist von den zweimonatlichen Industrieumfragen des IWH rechtzeitig signalisiert worden.

Abbildung 1:
Entwicklung der Geschäftslage
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



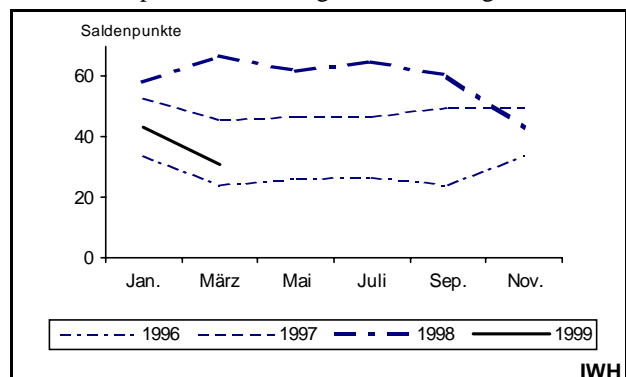
Quelle: IWH-Industrieumfragen

Die neueste Umfrage unter den rund 300 Unternehmen des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes vom März zeigt nun einen regelrechten Einbruch des Geschäftsklimas an. Sowohl die Einschätzungen der aktuellen Geschäftslage als auch der Geschäftsaussichten in den nächsten sechs Monaten gaben schlagartig nach. Der Saldo aus positiven und negativen Meldungen zur *Geschäftslage* sank auf einen Skalenwert von 26 Punkten. Gegenüber der vorangegangenen Umfrage im Januar entspricht das einem Rückgang von 17 Saldenpunkten. Die Lagebeurteilung liegt damit sogar um 26 Punkte unter dem Stand vor Jahresfrist. Der Saldo sackte damit auf das Niveau aus der Anfangszeit des industriellen Aufschwungs 1997/98 ab.

Im diesjährigen März wurden die Urteile zur Geschäftslage mit dem Prädikat gut gegenüber dem Januar um 5 Punkte zurückgenommen. Größer waren die Verschiebungen im Unschärfebereich der Urteilsbildung von „eher gut“ zu „eher schlecht“, insbesondere im Vergleich zum Vorjahr. Der Stimmungsabfall zog sich durch alle Hauptgruppen des Verarbeitenden Gewerbes. Einzig im Investitions-

güterbereich blieb der Rückgang des Bewertungssaldos mit nur 4 Punkten gegenüber der vorangegangenen Umfrage im Januar und von 11 Punkten im Vergleich zum Vorjahr verhältnismäßig moderat. Unter den Herstellern von Vorleistungsgütern fiel die Einschätzung zur Geschäftslage besonders tief. Die positiven Urteile überwiegen die negativen Aussagen nur noch geringfügig. Die Bewertung der *Geschäftsaussichten* ist gegenüber der vorangegangenen Umfrage vom Januar um 12 Saldenpunkte gesunken. Im Vergleich zum März 1998

Abbildung 2:
Entwicklung der Geschäftsaussichten
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Industrieumfragen

hat sich der Bewertungssaldo mehr als halbiert. Auch hier fiel der Rückgang bei den Investitionsgüterherstellern noch vergleichsweise moderat aus.

Wie sind diese Meldungen zu bewerten? Signalisieren sie das nahe Ende des industriellen Aufschwungs in Ostdeutschland oder sind sie von der Eintrübung der Stimmung der Industrieunternehmen vor allem infolge der hohen Tarifabschlüsse und der Verabschiedung des Steuerentlastungsgesetzes eingefärbt? Amtliche Angaben erlauben hierzu noch keine klare Antwort, da verlässliche Informationen zur Produktionsentwicklung für die ersten Monate des laufenden Jahres infolge der erneuten Umstellung der amtlichen Statistik noch nicht verfügbar sind. So muß auf Indizien zurückgegriffen und zwischen ihnen abgewogen werden. Hier rechtfertigt einerseits die bis Januar vorliegende und tendenziell aufwärts gerichtete Entwicklung der Auftragseingänge den massiven Einbruch des Geschäftsklimas kaum. Auch die Verbesserung der Ertragslage der Industrieunternehmen und ihrer Wettbewerbsfähigkeit im Jahre 1998 sprechen nicht für einen derartigen Rück-

schlag. Andererseits dürften die hohen Tarifabschlüsse wie wohl auch die Neuregelung von Steuern und Sozialabgaben die Ertragserwartungen der Unternehmen aufgrund der überdurchschnittlich hohen Kostenbelastung in den neuen Bundesländern deutlich beeinträchtigt haben. Zusammen mit den Unsicherheiten über Tiefe und Dauer der konjunkturellen Delle in Deutschland mögen derartige Änderungen in den wirtschaftlichen Rahmen-

bedingungen die Unternehmen zu Überreaktionen bei den Äußerungen zum Geschäftsklima verleitet haben. Aber selbst wenn dem so ist, bleibt festzuhalten, daß die ostdeutsche Industrie zwar nicht auf Sturzflug umgeschaltet hat, wohl aber auf einen niedrigeren Wachstumspfad eingeschwenkt ist.

Udo Ludwig(ldw@iwh.uni-halle.de)

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfrage in der ostdeutschen Industrie – März 1999
- Vergleich zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Mrz 98	Jan 99	Mrz 99	Mrz 98	Jan 99	Mrz 99	Mrz 98	Jan 99	Mrz 99	Mrz 98	Jan 99	Mrz 99	Mrz 98	Jan 99	Mrz 99
	in vH der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a														
Geschäftslage															
Industrie insgesamt	25	26	21	51	46	43	21	25	32	3	4	5	52	43	26
Hauptgruppen ^b															
Vorleistungsgüter	33	24	21	51	44	35	13	27	38	3	4	5	68	37	13
Investitionsgüter	26	28	25	50	44	46	20	26	26	5	2	4	51	44	40
Ge- und Verbrauchsgüter	19	25	16	52	49	49	28	21	30	1	6	5	42	48	30
dar.: Nahrungsgüter	23	32	16	51	39	50	27	27	31	0	2	4	47	43	30
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	21	18	18	50	43	37	23	35	35	6	4	10	43	21	11
50 bis 249 Beschäftigte	27	27	21	52	47	46	19	21	29	3	4	4	58	49	35
250 und mehr Beschäftigte	24	30	24	45	42	35	27	24	38	3	3	3	39	45	18
Statusgruppen															
darunter:															
Privatisierte Unternehmen	26	24	21	51	47	42	19	25	32	3	4	5	55	42	26
Westdt./ausl. Investoren	31	27	21	49	46	41	17	24	32	2	3	5	60	47	25
Management-Buy-Outs	11	18	21	59	47	44	23	28	27	7	7	8	39	29	30
Reprivatisierer	30	19	28	43	52	42	28	25	27	0	5	3	45	42	41
Neugründungen	30	38	21	50	41	47	18	16	29	2	4	3	60	59	35
Geschäftsaussichten															
Industrie insgesamt	22	22	20	61	50	45	15	26	31	2	2	3	67	43	31
Hauptgruppen															
Vorleistungsgüter	26	20	22	59	46	41	12	31	35	3	2	2	70	33	25
Investitionsgüter	22	25	23	62	52	49	15	23	24	2	0	5	66	54	42
Ge- und Verbrauchsgüter	20	22	17	63	52	47	17	23	33	1	4	3	66	47	27
dar.: Nahrungsgüter	26	23	11	60	49	49	14	28	40	1	0	1	71	43	18
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	25	13	17	56	47	46	15	38	30	4	2	6	62	21	27
50 bis 249 Beschäftigte	22	23	22	62	52	45	14	23	30	2	2	3	68	51	34
250 und mehr Beschäftigte	18	27	21	64	48	41	18	21	38	0	3	0	64	52	24
Statusgruppen															
darunter:															
Privatisierte Unternehmen	22	22	21	62	49	44	14	26	31	2	3	4	69	42	31
Westdt./ausl. Investoren	26	27	24	61	46	42	12	25	30	1	2	4	74	46	32
Management-Buy-Outs	14	11	16	63	61	46	18	24	34	5	5	5	55	43	23
Reprivatisierer	25	19	22	53	54	50	23	26	27	0	2	2	55	45	44
Neugründungen	35	31	22	51	50	50	12	19	27	2	0	2	73	62	44

^a Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet, Angaben für März 1999 vorläufig. – ^b Die Klassifikation der Hauptgruppen wurde der WZ 93 angepaßt.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.